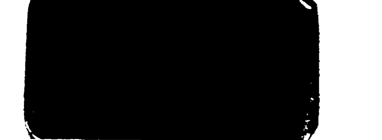

WIDENER
HN ZWPI L


Ger
2395
62


HARVARD
UNIVERSITY
LIBRARY



Höflings- und Streberthum
am Berliner Hofe.

Von

Frhrr. von St.



Berlin W.
Verlag von Heichen & Skopnik.
1892.

Inhalt.

Die Camarilla. — Die Unverantwortlichen und die Minister. — Das Militär-Kabinet und der Kriegsminister. — Aus dem Civilkabinet. — Katholische Hofbedienstete. — Hausministerium und Oberhofmarschallamt. — Ein Oberverwaltungsgerichtsrath.



Am 23. Januar d. J., Abends in der achten Stunde, wurde in Berlin Unter den Linden das Kultusministerium alarmirt. Es war dort plötzlich ein Jäger Sr. Majestät des Kaisers erschienen, der den Besuch des Monarchen beim Minister zu 8½ Uhr ansagte. Zugleich war an den Finanzminister Dr. Miquel sowie an verschiedene Abgeordnete, wie von Benda, Graf Douglas, von Helldorff, von Manteuffel u. A., der Befehl ergangen, sich beim Kultusminister zu der angegebenen Stunde einzufinden.

An jenem Abend und in jener Gesellschaft soll der Kaiser angesichts der in der Presse bereits sehr laut gewordenen Opposition gegen das Volksschulgesetz über dieses sich in einer Weise ausgesprochen haben, daß schon damals der Kultusminister Graf Zedlitz füglich hätte seine Demission geben oder den Entwurf hätte zurücknehmen müssen.

Im konservativen Provinzialverein für Pommern wußte der Landtagsabgeordnete von Below-Saleske über jenen Abend zu berichten, der Kaiser habe, nach Aussage des Herrn von Helldorff, unzweifelhaft sich dahin ausgesprochen, daß er das Gesetz nur auf breitester Grundlage (also mit den

Mittelparteien) angenommen wissen wolle. Als dem Grafen Zedlitz diese Aeußerung zu Ohren gekommen sei, habe dieser beim Kaiser angefragt, ob der Kaiser den Schulgesetzentwurf nach wie vor gutheiße. Der Kaiser habe diese Frage bejaht, in dem Sinne, wie derselbe sich auf dem Herrenabend ausgesprochen habe. Da seien Mißverständnisse gekommen. Während Graf Zedlitz glaubte, der Kaiser sei auch mit der Annahme des Gesetzes durch Konservative und Zentrum zufrieden, sei Helldorff entgegengesetzter Meinung gewesen und habe die Zurückziehung des Gesetzes für durchaus nothwendig gehalten; ebenso der Abgeordnete Frhr. von Manteuffel. Da Graf Zedlitz diese Konsequenz nicht gezogen habe, glaubte Herr von Helldorff im „Konservativen Wochenblatt" die wirkliche Sachlage darstellen zu müssen, wozu ihn auch die Angriffe der „Kreuzzeitung" trieben. Das sei der wirkliche Verlauf der Angelegenheit, und so sehr er bedauere, daß der Entwurf nicht Gesetz geworden, füge er sich dem Kaiserlichen Willen, der hier allein maßgebend gewesen sei.

Das „Konservative Wochenblatt", das Organ des Herrn von Helldorff, hatte bekanntlich geschrieben: „Es sei tendenziös, von einer Kapitulirung der Regierung vor dem Volkswillen oder vor dem Liberalismus zu sprechen. Wünsche man nun einmal eine epigrammatische Zuspitzung, so wäre allein zutreffend zu sagen, daß die Krone es abgelehnt hat, sich von einem Minister zu Dingen in's Schlepptau nehmen zu lassen, welche sie diesem ihren Diener bestimmt als nicht in ihrem Willen bezeichnet hat." Und weiter hieß es dort: „Der Kaiser ist nicht vor dem Liberalismus zurückgewichen, er hat nur abgelehnt, sich vor seinem Minister zu beugen und diesem freizugeben, seine eigene und nicht des Königs Politik zu treiben. Der Kaiser hat sich zu einem Eingriff

entschlossen, als sich herausstellte, daß sein dem Kultusminister vollkommen bekannter Wille betreffs des allgemeinen Kurses, den seine Politik auch hinsichtlich des Wunsches, bei bestimmten Parteien Unterstützung zu finden, innehalten will, nicht eine in Thaten sich dokumentirende Beachtung fand. Hier wurde also Graf Zedlitz direkt beschuldigt, gegen den Willen des Monarchen Politik gemacht und seinen König zu täuschen versucht zu haben. Herr von Below-Saleske suchte dagegen, was immerhin denkbar wäre und nicht den Vorwurf der Felonie in sich schlösse, den Konflikt auf ein bloßes Mißverständniß zurückzuführen. Derselbe hat gleichwohl die Situation in jenem berühmt gewordenen Abend nicht so gezeichnet, wie sie in Wirklichkeit war.

Unstreitig war der Volksschulgesetzentwurf die Veranlassung des plötzlichen Besuches des Monarchen beim Minister. Die erste Lesung des Entwurfs stand unmittelbar bevor — sie begann am 25. Januar, einem Montage. In der Presse hatten bereits alle Parteien ziemlich feste Stellung zu der Vorlage genommen und eine lebhafte Opposition hatte sich auch bei den Mittelparteien vernehmlich gemacht. Es scheint, daß der Kaiser zuerst beabsichtigt hatte, allein mit dem Minister zu konferiren. Es wird erzählt und zwar abweichend von der Darstellung, die wir oben gegeben haben, daß die übrigen Herren, der Finanzminister und die Abgeordneten, erst nach Ankunft des Kaisers bei seinem Wirthe durch eiligst abgesandte Diener in Droschken aus den Wohnungen, aus Theater, Gesellschaften u. s. w. herbeigeholt wurden. All' diese nachträglich eingeladenen Herren sind längst als intimer Umgang des Monarchen bekannt, Graf Douglas, die Herren von Benda, von Helldorff, von Manteuffel u. s. w. Vielleicht war auch Herr Hinzpeter da. Wenigstens war er an jenem Tage in Berlin und erschien

1*

auch an dem darauf folgenden Montage in der Hofloge des Abgeordnetenhauses, um den Beginn der ersten Berathung des Volksschulgesetzentwurfes sachverständig beizuwohnen. Hatte der Monarch sich diese Art von privy-council zu jener Abendgesellschaft als Succurs — gegen den Minister mitgebracht? Die genannten Herren waren aber keineswegs prinzipielle Gegner des Zedlitz'schen Entwurfes, wenigstens damals noch nicht. Der Herr Finanzminister hatte die Vorlage unterzeichnet, Herr von Benda nahm nur Anstoß an den Bestimmungen über die Privatschule. Herr von Helldorff selber bekannte sich noch zu dem gerade an jenem Tage der Abendgesellschaft von den Konservativen des Abgeordnetenhauses entworfenen, von der „Konserv. Korresp." gebilligten Programm:

„Die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat sich dem Volksschulgesetzentwurfe gegenüber dahin schlüssig gemacht, daß sie der Vorlage im Prinzip zustimmt, sich aber Verbesserungen im Einzelnen vorbehält. Die Wahrung des konfessionellen Charakters der Volksschulen sowohl wie der Lehrer-Ausbildung ist mit Genugthuung als die Erfüllung einer alten konservativen Forderung anerkannt worden. In den Bestimmungen, nach denen die Leitung des Religionsunterrichts in die Hände der betreffenden Religionsgesellschaften gelegt ist, erblickt die konservative Fraktion keineswegs ein Hinausgehen über die in der Verfassung gegebenen Direktiven; sie faßt aber nach wie vor die Volksschule als Staatsinstitut auf und wird es nicht zugeben, daß in der Staatsaufsicht über die Unterrichtsanstalten gerüttelt, oder die Staatshoheit in Frage gestellt werde.

In dieser so zusammengesetzten Herrengesellschaft bildete das Volksschulgesetz das Thema der allgemeinen Kon-

versation, nicht das eines bloß gelegentlichen Zwiegesprächs des Monarchen mit Herrn von Helldorff unter vier Augen, wie Herr von Below die Sache darstellt. Nach ihm soll dem Minister erst nach der Soiree zufällig die daselbst gethane Aeußerung des Monarchen zu Herrn von Helldorff, daß das Gesetz nur auf breitester Grundlage, d. h. mit den Mittelparteien, in Stand kommen dürfe, zu Ohren gekommen sein und er deswegen beim Kaiser angefragt haben, der dann erst seine Meinung den Minister habe wissen lassen. So hat sich die Sache nicht zugetragen. Der Kaiser hat in der Konversation des kleinen Zirkels auf die bedenkliche Opposition hingewiesen, sich aber vom Minister belehren lassen, was dieselbe zu bedeuten habe. In Disharmonie sind sie sicher beide damals nicht auseinander gegangen. Wie? An jenem Sonnabend Abend soll dem Minister bedeutet worden sein, der Monarch wolle den Entwurf nicht anders als mit den Mittelparteien fertiggestellt sehen, und am Montag Morgen soll Graf Zedlitz nach dem Dönhofsplatze geeilt sein, um den Entwurf, so wie er war, „mit einer unduldsamen Entschiedenheit" gegen das Kartell zu vertreten? Und der Ministerpräsident Graf von Caprivi soll die „Felonie" so weit getrieben haben, daß er die Gegnerschaft gegen den Entwurf als den des Atheismus gegen die christliche Kirche brandmarkte, während er wußte, daß der Monarch selber sich eben erst angeblich mißbilligend über das Gesetz geäußert hatte?

Daß die Opposition der Presse gegen den Entwurf die Aufmerksamkeit des Monarchen auf sich ziehen mußte, daß derselbe beim Kultusminister darüber Beruhigung suchte, ist begreiflich. Es ist aber auch ebenso sicher, daß er die Beruhigung daselbst fand. Herr von Manteuffel

bestätigt das indirekt. Er erklärte im „Konservativen Wochenblatt", daß er niemals die Zurückziehung des Gesetzes für durchaus nothwendig gehalten, vielmehr stets den Standpunkt vertreten habe, daß eine Durchberathung des Gesetzes dringend nothwendig sei. Sowohl in den verschiedenen Stadien der Berathung im Abgeordnetenhause, wie auch im Herrenhause, werde es sehr möglich sein, die auf dem „vielbesprochenen Herrenabend" beim Grafen Zedlitz als nothwendig oder wünschenswerth bezeichneten Aenderungen in der Gesetzesvorlage vorzunehmen. Der konfessionelle Standpunkt der Vorlage sei aber unter allen Umständen aufrecht zu erhalten."

Diese Erklärung sagt alles. Danach hat es sich auf dem Herrenabend, auf den sich das „Konservative Wochenblatt" immer beruft, gar nicht um eine allgemeine Erklärung, daß das Gesetz nur mit den Mittelparteien gemacht werden dürfe, sondern nur um einzelne Ausstellungen und Aenderungen gehandelt, und zwar nur solche, die den konfessionellen Standpunkt der Vorlage nicht berührten und denen auch der Kultusminister keineswegs prinzipiell widerstrebte. Die veränderte Stellung des Monarchen zum Schulgesetzentwurf und zum Kultusminister gehört einem sehr viel späteren Stadium der Entwickelung des Streites an. Man muß immer darauf zurückkommen, daß an einer Thatsache, trotz allen Widerstreites, nicht zu rütteln ist: daß während der Kommissionsberathungen dem Kaiser in amtlicher Form darüber kein Zweifel gelassen ist, daß Graf Zedlitz die Vertheidigung des Volksschulgesetzes gegenüber dem liberalen Ansturm nur dann fortzusetzen in der Lage sei, wenn er der Zustimmung an Allerhöchster Stelle sich versichert halten dürfe. Diese Zusicherung ist mit Entschiedenheit gegeben worden.

Erst in letzter Stunde ist es der intimen Umgebung des Kaisers gelungen, die Empfänglichkeit des Monarchen für gewisse Bedenken gegen den Gesetzentwurf zu benutzen, um dort sich mit ihren Rathschlägen einzubohren.

Wie man weiß, wurde im April 1890 die erste Vorlage über Verwendung der Sperrgelder im Abgeordnetenhause eingebracht. Sie stieß auf eine heftige Opposition Windthorsts und der Seinigen, welche erklärten: „Entweder alles oder nichts.“ Das Abgeordnetenhaus lehnte die Vorlage mit der Motivirung ab: Wozu die Sperrgelder in der vorgeschlagenen Weise an die katholische Kirche ausliefern, wenn wir damit doch nicht die Zufriedenheit des Zentrums erreichen? Der zweite Sperrgeldergesetzentwurf wurde im Jahre 1891 eingebracht. Seit der Entlassung Bismarcks war das persönliche Bestreben des Monarchen hervorgetreten, den Forderungen der katholischen Kirche mehr entgegenzukommen, als dies bis dahin der Fall gewesen. Herr Windthorst sagte im Abgeordnetenhause: „Wir werden nicht anstehen, unsere Ansichten an den Stufen des Thrones zu begründen.“ So entstand der zweite Sperrgeldergesetzentwurf. Herr von Goßler hat wegen der Bereitwilligkeit, dieser neuen Wendung des Verhaltens zur römisch-katholischen Kirche seine Mitwirkung nicht zu entziehen, schwere Vorwürfe und zwar besonders auch von der konservativen Partei zu hören bekommen. Herr von Goßler hatte bei der Einbringung seiner ersten Vorlage erklärt, auch die Regierung habe ihre Ehre, und es gäbe für sie Dinge, die unmöglich seien; so ein weiteres Entgegenkommen gegen die ultramontanen Forderungen. Die hohe Politik, oder sagen wir bestimmter: die Politik des Kaisers forderte eine Verzichtleistung des Ministers auf diesen Standpunkt, und so ent-

hielt sein zweites Sperrgeldergesetz Konzessionen, die sich mit der früheren Erklärung des Herrn von Goßler nicht vertrugen und über die z. B. die „Neue Preuß. Ztg." das folgende Urtheil aussprach: „Die Zufriedenheit des Zentrums können wir wohl begreifen, hat doch diese Partei wieder einmal erfahren, daß entschiedenes Festhalten an der für richtig gehaltenen Position schließlich doch zur praktischen Anerkennung dieses Standpunktes führt. Die Nutzanwendung liegt auf der Hand. Ob eine auch nur annähernd gleiche Zufriedenheit über die Vorlage bei den anderen Parteien herrscht, möchten wir stark bezweifeln. Bezeichnend ist es jedenfalls für das „paritätische" Verhältniß der Staatsregierung zu den beiden Kirchen, daß, während sie ihre scheinbar so feste Stellung der katholischen Kirche gegenüber jetzt vollständig preisgiebt, nichts verlautet, daß die im vorigen Jahre als Rest der Vorlage vom Abgeordnetenhause gefaßte Resolution, betreffend Entschädigung für die aufzuhebenden Stolgebühren, nirgend welche Berücksichtigung gefunden hat."

Aehnliche, wenn auch keineswegs dieselben Wendungen weist die Geschichte des Volksschulgesetzentwurfes auf. Wie gegen die erste Sperrgelder-Vorlage, bäumte sich gegen die erste Volksschulgesetz-Vorlage des Herrn v. Goßler, die Herr v. Caprivi im Herbst 1890 mit dem Einkommensteuergesetz und der Landgemeindeordnung eingebracht, das Zentrum heftig auf. Auch entsprach dieselbe nicht den Wünschen der Konservativen. Sie kam nicht über die Kommissionsverhandlungen hinaus. Graf Zedlitz trat die Erbschaft cum beneficio inventarii an. Er sagte am 4. Mai 1891 im Abgeordnetenhause: Er trage Bedenken, bei einer so wichtigen Sache sofort die volle Verantwortung für den vorliegenden Gesetzentwurf zu übernehmen, sondern

wolle Zeit gewinnen, um über die schweren Prinzipienfragen zu einer eigenen Prüfung und Entschließung zu gelangen, um so mehr, da auch die Parteien des Hauses über einige wichtige Fragen noch zu keiner endgiltigen Entschließung gelangt seien. Auch sei die Geschäftslage des Hauses derart, daß an eine Verabschiedung des Gesetzes in dieser Session doch nicht gedacht werden könne. Die Staatsregierung lege jetzt kein Gewicht auf die weitere Berathung des Gesetzentwurfs, aber soweit es an ihm liege, werde alles geschehen, um die Frage baldmöglichst zur Entscheidung zu bringen.

Im Herrenhause erwiderte Graf Zedlitz in Bezug auf denselben Gegenstand auf eine deswegen an ihn gerichtete Interpellation: „Nicht ein Wort habe ich gesagt, als wolle die Regierung die Volksschule an die katholische Kirche ausantworten. So lange ich die Ehre habe, das Kultusministerium zu vertreten, können Sie sicher sein, daß dieses nicht geschehen wird.“ Wie man nun auch darüber denken mag, wie weit die Volksschulgesetzvorlage des Grafen Zedlitz, die ein halbes Jahr später erfolgte, eine Ausantwortung der Volksschule an die katholische Kirche bedeutete, jedenfalls hatte der Kultusminister bei dieser Vorlage mit einem höheren Willen gerade so zu rechnen, wie sein Vorgänger bei der zweiten Sperrgeldervorlage. Nach den Ehrenbezeugungen des Kaisers für Windthorst bei dessen Tode sollte diesem gleich einem nationalen Heros ein ewiges Andenken gestiftet werden in einem Schulgesetz, das von den Windthorst'schen Anträgen zum Goßler'schen Entwurf seinen Ausgangspunkt nahm. Nichts falscher, als die fixe Idee, die man in der Ministerkrise so oft aussprechen hörte, als sei Graf Zedlitz auf eigene Faust mit einer lediglich seinen Stempel tragenden Vorlage vor-

gegangen, deren wirklichen Gehalt der Kaiser erst später erkannt und sofort alsdann verworfen habe. Graf Zedlitz hat die allgemeinen Gedanken des Monarchen in dem Gesetzentwurfe niedergelegt. Er konnte das, weil er in der Hauptsache mit ihm zusammentraf, und wo das nicht der Fall war, da durfte er darauf rechnen, daß die parlamentarische Diskussion die Schärfe des Entwurfs glätten, daß der Landtag die Vorlage durch ein Kompromiß auf ein Niveau bringen werde, wo er, der Minister, sich nicht mehr mit seiner im Herrenhause abgegebenen Erklärung im Widerspruch befand. Graf Zedlitz ist ein Mann der vollendetsten konziliianten Formen. Er war zu den weitgehendsten Konzessionen an die Mittelparteien bereit und hat das auch in der Kommission hinlänglich bewiesen.

Die Vorlage war im Uebrigen — was die allgemeine Tendenz betrifft — das eigenste Werk des Kaisers und hatte die Billigung des Ministeriums gefunden. Auf keinem Gebiete der Staatsverwaltung ist der Kaiser mit seinen persönlichen Ansichten und Willensäußerungen mit so fest umschriebenem Programme hervorgetreten, als auf dem der niederen und höheren Schulbildung. Man hat von ihm gesagt, er wolle sein eigener Reichskanzler sein. Ist er das wirklich, so springt das doch nicht so in die Augen, oder ist wenigstens nicht so früh hervorgetreten, als er sich als sein eigener Kultusminister offenbart hat. Es ist hier an den allerhöchsten Erlaß vom 1. Mai 1889 zu erinnern, in welchem es hieß: „Um den Religionsunterricht in dem angedeuteten Sinne (gegen die sozialdemokratischen Irrlehren) fruchtbarer zu machen, wird es erforderlich sein, die ethische Seite desselben mehr in den Vordergrund treten zu lassen. Es sollte jetzt mehr Gewicht auf die Moral gelegt werden, der konfessionelle Charakter

des Religionsunterrichts zurücktreten. In weniger als einem Jahre gab es wieder einen anderen Kurs. Der Goßler'sche Volksschul-Gesetzentwurf machte den Religionsunterricht der Verfassung gemäß wieder konfessionell. Dann abermals ein Jahr, und ein neuer Gesetzentwurf machte die ganze Schule konfessionell und warf den Staat aus ihr heraus. Nach vier Wochen hatte es auch damit ein Ende. Das sind jähe Sprünge, entsprechend dem schnellen Wechsel der Einflüsse von außen. Die Grundanschauung des Monarchen ist in dem Erlasse vom 1. Mai 1889 niedergelegt. Von diesem Standpunkte des bloßen moralischen Religionsunterrichts aus ließ er durch den Kultusminister die Bezirksregierungen anweisen, darauf zu achten, daß in der Volksschule die Einprägung der Glaubenslehre zurückzustehen habe gegen die „Ethik". Dann wechselten in den Anschauungen über die Volksschulen schnell die entgegengesetzten Einwirkungen, von den Manen Windthorst's bis zu Herrn v. Helldorf.

Es ist aber bei solchem regen Interesse, wie der Monarch es persönlich dem gesammten Schulwesen zugewendet hat, sogar in dem Grade, daß er bis auf die Regulirung des Religionsunterrichts der Volksschule und bis auf eine Beurtheilung des lateinischen Aufsatzes des Gymnasialabiturienten sich selbst eingelassen hat, ganz undenkbar, er habe den Grafen Zedlitz nach Gutdünken mit einem neuen Schulgesetz schalten und walten lassen und erst hinterher, als er sich dasselbe näher angesehen habe, sein Veto eingelegt. So chaotisch geht es bei uns doch nicht her, und so läßt sich unser Kaiser insbesondere die Zügel nicht aus der Hand gleiten auf einem Gebiete, das ihm so nahe am Herzen liegt, wie der Volksschulunterricht. Graf Zedlitz hat, nachdem er sich als Mandatar

des Monarchen desavouirt sah, sein Mandat zurückgeben zu müssen geglaubt. Sein Weg ist aber bis zuletzt niemals mit dem des Kaisers auseinandergegangen, er hat nichts gegen den allerhöchsten Wunsch und Willen gethan, nicht denselben getäuscht oder etwas Eigenes durchsetzen wollen. Er ist noch aus der Kommission heraus mit dem Träger der Krone in fortwährender Fühlung geblieben. Der Kaiser hat ihm wiederholt durch den Reichskanzler während der Kommissionsberathungen versichern lassen, daß er hinter ihm stehe.

Was von Graf von Zedlitz gilt, gilt von Herrn von Caprivi. Dieser war gewiß, die Ansichten zu bekennen, die an maßgebender Stelle herrschten. Monate waren seit der Ausarbeitung des Entwurfes vergangen, und die Oeffentlichkeit glaubte mit Recht, was beide Männer wußten, nämlich, daß sie die regis voluntas ausführten, daß sie des Königs Kurs steuerten. Sie erfüllten ihre Pflicht gegen die Krone, bis diese auf Andere hörte.

Bei dem Mahle, welches im Februar 1892 beim Reichskanzler Grafen Caprivi stattfand, und zu dem sich auch der Kaiser eingestellt hatte, erklärte auf eine Bemerkung des Abgeordneten Dr. Baumbach, daß die Sozialdemokratie im Einschlummern sei, der Kaiser mit Nachdruck diese Annahme als eine verkehrte. Wenn die Sozialdemokratie sich erst im Besitze der nothwendigen Machtmittel wisse, werde sie keinen Augenblick mit einem energischen Vorstoß gegen die bestehende Gesellschaftsordnung zögern. Der Kaiser widersprach auch entschieden der Auffassung, daß mit Humanität und allgemeiner Menschlichkeit gegen die Umsturzbewegung etwas ausgerichtet werden könnte, nur eine auf ein entschiedenes Bekenntniß gestützte Reli-

giösität könne heutzutage hier wirksam und helfend eingreifen.

Wird auch durch die „auf ein entschiedenes Bekenntniß gestützte Religiösität" das Wesen des Zedlitz'schen Entwurfs keineswegs erschöpfend charakterisirt, so wollte doch ohne Zweifel der Monarch damit der großen Bewegung gegen den Entwurf entgegentreten.

Jedenfalls mußte man auch aus der Rede des Kaisers auf dem Brandenburger Provinziallandtage (am 24. Februar) gegen die Nörgler entnehmen, daß der Monarch — mitten in der Aufregung des Landes über den Volksschulgesetzentwurf — sich direkt gegen diese wandte.

Jene Rede des Kaisers war geradezu eine Klärung der verwirrten Situation, in der wir uns befanden. Man hatte in den letzten Tagen viel nach der persönlichen Stellung gefragt, welche der Monarch zu dem Volksschulgesetzentwurf einnähme. Gegenüber der Version, daß der Kaiser lebhaft das Zustandekommen des Schulgesetzes unter Zustimmung der Nationalliberalen und der Freikonservativen wünsche, wurde als die eigenthümlichste Wahrnehmung der letzten Woche die Thatsache hervorgehoben, daß der Kaiser in den beiden parlamentarischen Abenden, an welchen er Theil genommen hatte, zuerst bei Herrn v. Bötticher, dann bei Herrn Miquel, das Volksschulgesetz in der That mit keiner Silbe erwähnt hatte. An beiden Abenden hat sich der Monarch in mehrstündiger animirter Unterhaltung bewegt, welche sich namentlich am letzteren auch auf die verschiedensten politischen Themata erstreckte. Die auffallende Ignorirung der brennendsten Tagesfrage wurde dahin gedeutet, daß der Kaiser sich jeder Einflußnahme auf dieselbe enthalte, oder daß er sich in dieser Frage nicht engagiren wolle. Man sah sich also von dieser Seite her in den Be-

rathungen über das schließliche Schicksal der Schulgesetz-vorlage vor das Ungewisse gestellt. Nunmehr hatte der Monarch, ohne das „Schulgesetz" in seiner Rede zu erwähnen, doch auch mit Bezug auf dasselbe unumwunden sich dahin geäußert: „Mein Kurs ist der richtige, und er wird weiter gesteuert."

Sollte diese Rede des Kaisers, was doch selbstverständlich, Grund und Zweck haben, und zwar mitten in der gewaltigen Aufregung über das Schulgesetz, mitten in einer Zeit, wo kein anderes Thema die Gemüther beschäftigte, und wo alles Nörgeln und alles mißvergnügliche Parteigerede lediglich auf dieses sich bezog, so konnte sie sich auch nur auf die Agitation gegen das Schulgesetz beziehen. Die Rede war eine Kriegserklärung gegen die Liberalen und Andere, denen zugerufen wurde: „Und der Volksschulgesetz-entwurf wird doch Gesetz. Wer es nicht haben will, der mag sich den deutschen Staub von den Pantoffeln schütteln."

Es ist wahr, Preußen und ganz Deutschland athmeten auf, als es hieß, Graf Zedlitz sei von höherer Stelle fallen gelassen, und mit ihm das Volksschulgesetz. Aber so groß die Genugthuung war, so konnte man doch dem plötzlich gestürzten Minister die Theilnahme an seinem tragischen Geschick nicht versagen. Tragisch war es in der That. Das Schulgesetz erschien, so wie es vor und in der Kommission des Abgeordnetenhauses in allen seinen Theilen festgehalten wurde, als eine Unmöglichkeit für Preußen. Aber Graf Zedlitz war an die Spitze des Ministeriums für Kultus- und Unterrichtsangelegenheiten berufen, um das Schulgesetz gerade so, wie es war, für Preußen zu schaffen, es sollte ein anderes sein, als das Goßler'sche, es sollte vor Allem das Zentrum befriedigen. Und als Graf Zedlitz mit seinem Opus die Zustimmung des Gesammtministeriums

und der Krone gefunden, als der Ministerpräsident nicht aus dem bloßen Gefühle der Kameradschaft gegenüber dem immer höher anschwellenden Strom der Kundgebungen gegen die Vorlage eingetreten war, sondern in dem Bewußtsein, einen Kardinalpunkt der ganzen kaiserlichen Politik, der sich keineswegs nach Belieben aus derselben wieder herausnehmen lasse, zu vertreten, und als sodann die klerikal-konservative Mehrheit des Abgeordnetenhauses mit vereinten Kräften vorwärts ging und zur Durchbringung des Ganzen in ihrem Sinne entschlossen war — da verschwanden mit einem Male Graf Zedlitz und sein Werk in dem Augenblicke, wo Niemand es ahnen konnte. So erfreulich diese Thatsache an sich erschien, so unerfreulich war auch den Gegnern des Gesetzes die Art, in welcher sich das Drama abspielte. Graf Zedlitz und Graf Caprivi waren der Gewißheit, daß sie des Königs Kurs steuerten, und daß dieser Kurs nicht geändert werde. Sie erfüllten ihre Pflicht gegen die Krone und wurden auf dem Wege zum Siege geschlagen; das war das ungewöhnliche Gepräge dieser Krise, daß sie allen parlamentarischen Grundsätzen widersprach. Hätte die Regierung im Landtage eine Niederlage erfahren, so wäre der Rücktritt der betheiligten Minister folgerichtig gewesen. Freunde und Gegner des Gesetzentwurfs kamen auf's Neue zu dem Bewußtsein, daß in Berlin gegenwärtig eine Politik herrscht, in der man jede Stabilität und Kontinuität vermißt. Die Plötzlichkeit, mit der weitgehende Beschlüsse gefaßt werden, die unvermittelte Art, in der die Regierung heute diese, morgen jene Schwenkung vollzieht, sind kaum darnach angethan, eine Genugthuung zu erzeugen, auch wenn auf solche Weise ein verhaßter Gesetzentwurf fällt. Ein Gefühl der Unsicherheit greift Platz, dessen sich auch die nicht erwehren können, die bisher Alles durch die

rosenfarbene Brille sahen. Es ist gut, wenn man auf einem falschen Wege umkehrt, oder besser ist, daß er nicht erst betreten wird. Es mag sein, daß eine Camarilla auch Gutes stiften kann, indem sie der Wirksamkeit eines schädlichen Ministers entgegenarbeitet, und sei es auch nur aus ehrgeizigen, streberischen Gründen, aber sie bleibt doch immer eine Camarilla, deren Treiben zu der Frage rechtfertigt: Weßhalb sollte nicht auch in Lebensfragen des Staates, bei der Entscheidung über Krieg und Frieden die Stimme eines geheimen Rathgebers maßgebend sein gegen alle unbefangenen Vertreter des öffentlichen Interesses?

Diese Frage wurde aufgeworfen von einem Berliner Blatte, das während des Lärmens über die Schloßplatzprojekte schrieb: „Höflinge und Schmarotzer haben es verstanden, den guten Eindruck, den die Zurückziehung des Schulgesetzes bei der Mehrheit des Volkes hervorrief, schnell zu verwischen und bange Sorge zu erregen. Nicht die Millionen, welche kostspielige Bauten erfordern, nicht die Unsittlichkeit der Entfachung des Spieltriebes sind es, was die Nation mit tiefem Unmuth erfüllt, sondern die Befürchtung, daß das Vaterland, wenn die Abenteurer und Schranzen in unpolitischen Dingen bestimmenden Einfluß gewinnen, auch der politischen Zukunft ungewiß sei. Denn bliebe die öffentliche Meinung, bliebe die ausgesprochene Ansicht aller Parteien und des gesammten Staatsministeriums wirkungslos neben den liebedienerischen Schmeicheleien unverantwortlicher Ohrenbläser, weßhalb sollte nicht auch in Lebensfragen des Staates, bei der Entscheidung über Krieg und Frieden die Stimme eines geheimen Rathgebers maßgebend sein gegen alle unbefangenen Vertreter des öffentlichen Interesses?“

Wie in diesen Worten schon das Volksschulgesetz und

die Schloßplatzphantasieen einander gegenübergestellt wurden, so hat man, nachdem den letzteren ein jähes Ende bereitet war, die im Abgeordnetenhause verlesene Kabinetsordre ein Seitenstück zu der Zurückziehung des Volksschulgesetzes genannt. In der That bietet das Schicksal beider Projekte viel Analoges. In beiden Fällen hat der Kaiser plötzlich auf Pläne verzichtet, die ihm am Herzen lagen und dadurch der leidenschaftlich erregten öffentlichen Meinung eine Genugthuung verschafft. In beiden Fällen sind „Höflinge und Schmarotzer" thätig gewesen, nur mit dem Unterschiede, daß sie das eine Mal, wo ihre Intrigue mit der Erregung der öffentlichen Meinung zusammentraf, obsiegten, das andere Mal aber dem Einflusse anderer Leute erlagen. Wir mögen alle die gleiche Befriedigung darüber empfinden, daß dort auf dem politischen Gebiete, hier hinsichtlich phantastischer Bauprojekte, eine Entsagung des Kaisers stattfand, die gleiche Befriedigung über die Zurückziehung des Zedlitz'schen Schulgesetzentwurfes und der Schloßplatzprojekte: so hat es sich deßwegen nicht weniger in beiden Fällen um Hintertreppenpolitik gehandelt, mögen die Faiseurs Hinz oder Kunz heißen, wir meinen: v. Helldorff oder Kunze.

Die Berechnung der Herren, die den Monarchen in der Frage des Schulgesetzes so schnell umstimmten, macht ihrem Spekulationsgeist alle Ehre. Sie erkannten, daß der Augenblick gekommen war, den Monarchen mit einem Schlage zu repopularisiren und dadurch sich selber in ihrer Stellung zu befestigen. Herr v. Helldorff und Genossen gingen als die Retter der Monarchie aus dem Kampfe oder der Intrigue gegen ihre eigene Partei hervor. Hinterher ließen sie durch ihr Organ, das „Konservative Wochenblatt" erklären, die Krone habe es abgelehnt, sich von einem Minister

zu Dingen in's Schlepptau nehmen zu lassen, welche sie diesem ihrem Diener bestimmt als nicht in ihrem Willen bezeichnet habe." Und weiter hieß es dort, wie schon erwähnt: „Der Kaiser ist nicht vor dem Liberalismus zurückgewichen, er hat es nur abgelehnt, sich vor seinem Minister zu beugen und diesem freizugeben, seine eigene und nicht des Königs Politik zu treiben. Der Kaiser hat sich zu einem Eingriff entschlossen, als sich herausstellte, daß sein dem Kultusminister vollkommen bekannter Wille betreffs des allgemeinen Kurses, den seine Politik auch hinsichtlich des Wunsches, bei bestimmten Parteien Unterstützung zu finden, innehalten will, nicht eine in Thaten sich dokumentirende Beachtung fand."

Hier wurde also dem Grafen Zedlitz offen und unzweideutig der Vorwurf gemacht, daß er bewußt gegen den Willen des Monarchen Politik gemacht und seinen König zu düpieren versucht habe, ein Vorwurf, der zugleich den Grafen Caprivi trifft, nachdem dieser durch seinen Rücktritt vom Ministerpräsidium sich ausdrücklich mit dem Kultusminister solidarisch erklärt hat. Und doch steht fest, daß die Darstellung des „Konservativen Wochenblattes" eine unwahre ist, und daß Graf Zedlitz noch wenige Stunden vor dem entscheidenden Kronrath überzeugt war, daß seine Haltung bei der Berathung des Volksschul-Gesetzes an Allerhöchster Stelle volle Billigung finde.

Die Helldorf und Genossen mochten sich in's Fäustchen lachen, als die gesammte nationalliberale Presse unter Vorantritt der „Post" auf die von ihnen gegebene Parole „hineinfiel" und sich in Verwünschungen des Betrügers Zedlitz gegenseitig überbot. Weder die Voß'sche und die gesammte freisinnige Presse noch die Kreuzzeitung machten den Korybantentanz der Byzantiner mit.

Wir fürchten die Danaer, auch wenn sie Geschenke

bringen. Wir haben aus der Geschichte der Könige eine unheimliche Scheu vor jeder Camarilla, auch wenn sie einen ultramontan-freundlichen Minister zu Falle bringt. Wir mögen Herrn Stöckers Schicksal als ein verdientes ansehen, aber Recht hat er doch, wenn er sagt: „Das Verdienst, vielen Kreisen Anlaß gegeben zu haben, daß Männer, welche im Gegensatze zu gleisnerischen Höflingen muthig und entschlossen den Kampf gegen die mächtigsten und gefährlichsten Feinde der Monarchie und des Vaterlandes wagen, ihr Amt verlieren und in Acht und Bann erklärt werden — dieses Verdienst gebührt den „Staatsmännern", welche nach der Entlassung des Fürsten Bismarck zur Leitung der Geschicke des deutschen Reiches berufen wurden."

Herr v. Helldorf hat schon einige Zeit vor Bismarcks Entlassung intimen Zutritt am Hofe verlangt. Wie weit das bei der Entlassung mitgewirkt hat, lassen wir dahin gestellt. Jedenfalls hat nach derselben die ausgesprochene Bismarckfeindschaft Herrn v. Helldorf als gute Empfehlung gedient. Im Februar 1889 erzählte der Abgeordnete für Potsdam, Landrath K., im Foyer des Abgeordnetenhauses Jedem, der es hören wollte, daß er vom Kaiser empfangen worden sei, und daß derselbe bei Erwähnung des Chef-Redakteurs der Kreuzzeitung die Aeußerung gethan habe: „Was ist eigentlich in den Hammerstein gefahren, er soll ja Welfe geworden sein!" Damals war nämlich in einige Zeitungen die Nachricht lancirt worden, Herr von Hammerstein habe an der Geburtstagsfeier für Herrn Dr. Windthorst Theil genommen und den ersten Toast auf den Zentrumsführer ausgebracht. Daß diese Nachricht begründet sei, wurde freilich von der Kreuzzeitung, die von Verläumdung, Intriguen und Be-

lügung des Monarchen sprach, bestritten, aber der Kaiser hatte noch andere Dinge geäußert, die nicht in den Bereich von bloßen unsicheren Neuigkeiten fielen. Er bezeichnete den Einfluß des Chef-Redakteurs des genannten Blattes als wenig günstig für die weitere Entwickelung der konservativen Sache und fügte hinzu: „Ich lobe mir den Herrn v. Helldorf, das ist ein Konservativer, wie er sein muß."

Wie man aus diesem Gespräche des Kaisers mit dem Landrath K. ersieht, wurde das Welfenhaupt Windthorst zu jener Zeit am Hofe noch als eine feindliche Macht angesehen. Das sollte sich bekanntlich nach Bismarcks Rücktritt bald ändern. Im Februar 1891 hatte sich bei Herrn von Helldorf der Kaiser, obwohl derselbe Zeitungen nur aus den Ausschnitten kennt, welche ihm das Litterarische Büreau und das Auswärtige Amt zustellen, wiederholt darüber beklagt, daß er von der konservativen Presse nicht die erhoffte Anerkennung finde. Daraufhin erbot sich Herr v. Helldorf, Abhilfe zu schaffen. In einer vertraulichen Besprechung brachte er die Beschwerde des Monarchen bei seinen Parteigenossen zur Sprache, stieß jedoch dabei auf mannigfache Einwendungen. Unter Anderem wurde bemerkt, eine Presse, die man täglich mit Fußtritten regalire, könne unmöglich noch katzbuckeln. Der Niederschlag dieser unerquicklichen Auseinandersetzungen war schließlich eine lebhafte Gardinenpredigt im „Deutschen Tageblatt", welche, bevor sie das Licht der Welt erblickte, vom Kaiser gelesen und der Form und dem Inhalt nach gebilligt worden war. Thatsache ist, daß der Kaiser bei dem Diner des Brandenburgischen Provinziallandtages Herrn von Manteuffel in sehr gnädiger Weise für die Entschiedenheit dankte, mit der er in Sachen des Artikels

„Ein ernstes Wort zur Lage“ Schulter an Schulter mit Herrn v. Helldorf die Aktion geführt hatte.

Dieser Artikel, der sich gegen die nationalliberalen und konservativen Nörgler, so wie gegen das Bismarck-Lager richtete, fand allenthalben, außer in der freisinnigen und ultramontanen Presse, lebhaften Widerspruch. „Es sei eine wahrheitswidrige Entstellung“, sagte man, „wenn das Blatt vorgäbe, die allgemeine Unzufriedenheit würde durch irgend welche Preßtreibereien künstlich geschürt. Ganz im Gegentheil. Die Unzufriedenheit sei viel stärker, viel allgemeiner, als die Presse es zum Ausdruck bringe. Das zu vertuschen, müßte verhängnißvolle Folgen haben. Es sei richtiger, die Thatsache offen zu bekennen, ihre Ursache aufzudecken und dadurch Besserung anzustreben. Man könne dem Ministerium Caprivi nicht folgen, wenn dasselbe Bahnen einschlüge, die man für unheilvoll halte.“ Die Einen bezogen das auf die Wirthschafts- und Kolonialpolitik, Andere auf die Kirchenpolitik und noch Andere auf die Gesammtpolitik. „Alle Maßregeln der Regierung wirken um so verwirrender, als man ihre Begründung nicht begreift. Warum die Zugeständnisse an England, an Rom, an Oesterreich-Ungarn, an Windthorst, Richter und Bebel? Das beunruhigende Gefühl der Schwäche und Unsicherheit verbreitet sich in der Nation, die eine starke, zielbewußte Regierung wünscht. Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos, bisher ist noch nicht viel verloren, wenn rechtzeitig auf der abschüssigen Bahn Halt gemacht wird. Wir hegen die Hoffnung, daß die steigende Zerfahrenheit und Verwirrung von höchster Stelle Beachtung findet und dies zu einer festeren, zielbewußten Politik der Regierung führt.“

Von „höchster Stelle“ erfolgte sofort die Replik, und

zwar in der Rede, die der Kaiser am 20. Februar 1891 im Ständehaus des Brandenburgischen Provinziallandtages hielt. Gegen wen sich der Vorwurf des „Ungehorsams" richtete, der von dem Herrscher in jener Rede erhoben wurde, lag nach dem, was in jenen Tagen, zumal in der konservativen Presse vorausgegangen, klar zu Tage. Eben gegen diese Presse wandte sich der Spott über den „Ozean von Tinte", mit dem der klare Blick des Volkes getrübt würde. An diese Adresse richtete Kaiser Wilhelm II. seine Worte, wenn er forderte, daß man ihm Vertrauen schenke, auch wenn seine Absichten nur theilweise bekannt seien. Bei demselben Diner war es, wo Herr von Manteuffel den Glückwunsch zu seiner Unterstützung der Helldorf'schen Politik erhielt.

Als die Handelsverträge im Reichstage angenommen waren, ließ der Kaiser Herrn v. Helldorf nach Potsdam kommen, dankte ihm herzlich, zog ihn zur Frühstückstafel und nahm ihn sodann mit sich im kaiserlichen Salonwagen nach Berlin. Herr v. Helldorf war zwar ein alter Agrarier und Schutzzöllner, er hatte aber doch den Handelsverträgen gegenüber sofort die richtige Stellung gefunden. Er ließ (im „Konservativen Wochenblatt") erklären: „Die Sachlage für die Beurtheilung der Handelsverträge seitens der konservativen Fraktion des Reichstags ist zweifellos in mehrfacher Hinsicht eine andere geworden. Sollten einzelne Mitglieder dieser Fraktion gleichwohl bei ihrer Ablehnung der Handelsverträge verharren, so werden wir selbstverständlich jeden Versuch, in Zweifel zu ziehen, daß auch diese Herren ihr Votum so abgeben, wie sie es ihrem Gewissen, ihrem Vaterlande und dem Interesse der Landwirthschaft schuldig zu sein glauben, energisch zurückweisen. Nur verüble man uns nicht den Ausdruck der bangen Sorge, daß eine spätere Zeit ein Recht zu dem Urtheile

erhalten könnte, daß die konservative Pariei wenigstens in einem Theile in zu starrer Hinlenkung des Blickes auf ein Sonderinteresse und auf Nebenpunkte — um von der Möglichkeit der Unterstellung noch anderer Motive zu schweigen —, die Bedeutung eines weltgeschichtlichen Augenblicks nicht erfaßt hätte und hinter ihre großen Vergangenheit zurückgefallen wäre, wie den Rechtstitel auf eine gleich führende Rolle in der Zukunft aus der Hand gegeben hätte." Die „Bedeutung eines weltgeschichtlichen Moments" wurde von Herrn v. Helldorf auch beim Volksschulgesetz des Grafen Zedlitz erfaßt, sogar in dem Grade, daß der Minister darüber zu Falle kam.

Wir haben parlamentarische und außerparlamentarische Streber. Jene bildeten die Eskorte, mit der der Kaiser an jenem Sonnabend, von dem wir oben gesprochen haben, plötzlich des Abends im Kultusministerium erschien, wo über das Volksschulgesetz verhandelt wurde. Wir sagten bereits, daß Herr G.-R. Hinzpeter in jenen Tagen in Berlin war und auch am Montag darauf im Abgeordnetenhause in einer Loge aufmerksam den Debatten folgte. Welchen Antheil er an dem Schicksal des Volksschulgesetzes hat, ist uns nicht bekannt geworden. Vermuthlich bedurfte es seiner Mithilfe gar nicht. Seine Thätigkeit auf dem Gebiete der Reform der höheren Schulen ist desto mehr in die Oeffentlichkeit getreten. Auch in dieser haben verschiedene Geister, nur nicht der verantwortliche Kultusminister v. Goßler, der vielmehr auf der entgegengesetzten Seite stand, den Kaiser berathen. Die Schulkonferenz war berufen, den Anhängern des klassischen Gymnasiums zu einem Siege ihrer Ideen und Traditionen zu verhelfen. Es war keine beneidenswerthe Stellung, in welche die Berufenen anfangs geriethen, als sie durch die Kaiserrede

belehrt wurden, sie sollten umgekehrt ihren Gegnern das Feld räumen, indessen ihre Elastizität erleichterte ihnen die löbliche Unterwerfung. Ueberrascht waren auch die Vertreter des Kriegsministeriums, die in der Meinung, den Anschauungen des Kaisers zu entsprechen, eine Denkschrift für die Konferenz vorbereitet hatten, die die Nothwendigkeit, den Realgymnasien, deren Bildungsweg mit dem der Kadettenanstalten identisch ist, weitere Berechtigungen zu ertheilen, hervorhob. Die Erkenntniß dieser Nothwendigkeit war bei dem Kriegsministerium die Folge nicht nur der Ueberzeugung von der Vortrefflichkeit dieser Anstalten, sondern auch des Interesses der Armeeverwaltung, die vielen wegen der erforderlichen Verjüngung der Armee frühzeitig den Dienst verlassenden Offiziere ihrer Vorbildung wegen nicht von Verwendung in Stellen ausgeschlossen zu sehen, zu denen sie als befähigt erachtet werden müßten. Diese Thatsache liefert den unumstößlichen Beweis dafür, daß die ungünstige Meinung des Kaisers über die Realgymnasien ihm erst in letzter Stunde unterbreitet worden ist. Wer war dieser Inspirator, der, um den lateinlosen Realschulen zu Hülfe zu kommen, das Realgymnasium ausgerottet wissen wollte? Als das Gerücht sich zu befestigen schien, daß Geheimrath Hinzpeter zum Nachfolger des wankenden Kultusministers v. Goßler ausersehen sei, hieß es: Es wäre zu wünschen, wenn das sich bestätigte, denn es würde im öffentlichen Interesse liegen, wenn Herr Hinzpeter auf den Platz eines verantwortlichen Ministers herausträte.

Kaiser Wilhelm hatte kaum die Regierung angetreten, als die Schrift von Dr. Hinzpeter „Kaiser Wilhelm II.“ erschien. Man weiß, daß diese Schrift dem Kaiser vor ihrer Drucklegung zur Durchsicht unterbreitet worden ist.

Wenn Dr. Hinzpeter unter den „höchsten Autoritäten", welche auf die Entwickelung des Prinzen Wilhelm eingewirkt haben, neben der „eminent künstlerisch begabten und beschäftigten Mutter", dem „bürgerlich liberalen Vater", sich den „philosophisch räsonnirenden Erzieher" nennt, so ist dieser Zug einigermaßen bedeutsam für die Hinzpeter'sche Schrift. Der ehemalige „philosophisch räsonnirende Erzieher" hat den Zögling insbesondere auch auf dem sozialpolitischen Gebiete zu berathen verstanden. Ein Streit um die Folgen des staatlichen Eingreifens in der Frage des Arbeiterschutzes, der in den Spalten der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" im Sommer 1890 an die Oeffentlichkeit gelangte, beanspruchte wegen der dabei betheiligten Personen die Aufmerksamkeit weiterer Kreise. Zum Verständniß des Falles muß allerdings etwas zurückgegriffen werden. Anfangs Juli hatte die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" an leitender Stelle dem Artikel „eines bekannten Eisen-Industriellen aus Hagen in W." unter der Ueberschrift: „Auch eine Bitte um die Fürsorge der Regierung" Aufnahme gewährt. In diesem Artikel war, an die Besichtigung der Krupp'schen Werke durch Se. Majestät anknüpfend, ausgeführt worden, die Krupp'schen Werke gäben kein richtiges Bild von der allgemeinen Lage der Industrie, weil die Haupterzeugnisse der Fabrik Kriegsmaterialien bildeten, die so gut bezahlt würden, daß auch die übrigen Fabrikate bei schlechten Konjunkturen und Preisen mit durchgezogen werden könnten, ohne einen Durchschnittsverlust zu erzeugen. Um sich ein richtiges Bild von der Lage der Werke zu verschaffen, die mit dem Weltmarkte kämpfen müssen, solle der Kaiser ältere, erfahrenere Geschäftsleute, aber auch Vertreter großer wirthschaftlicher Vereine befragen. Die Industrie sei durch die vielen Ge-

setze für das Wohl der Arbeiter, die neuen Vorlagen für Militär zu sehr belastet, um diesen Anforderungen dauernd nachkommen zu können. Das Einmischen der Staatsregierung in die Lohn- und Arbeitszeit-Frage habe die Arbeiter in eine unruhige Bewegung versetzt und vielfach übertriebene Ansprüche hervorgerufen. Die dadurch entstandene Vertheuerung der Materialien und Fabrikate habe schon einen Rückschlag auf die Ausfuhr ausgeübt. „Ist der Staat nicht in der Lage, für 1891 große Ausschreibungen für Gebrauchsartikel machen zu können, dann kommen unsere Montan- und im Gefolge manche andere Industrieen in eine traurige Lage und mit ihnen viele und theilweise verwöhnte Arbeiter. Das Wohlwollen für die letzteren allein ist durchaus unzureichend. Dasselbe schafft kein Geld.“

Herr Geheimer Oberregierungsrath Dr. Hinzpeter schien nun den Wunsch empfunden zu haben, sich mit dem Verfasser des Artikels in Verbindung zu setzen, denn er richtete an die Redaktion der „Rh. W. Ztg.“ einen Brief, woraus diese Folgendes mittheilte:

„Daß der Verfasser des Artikels sich nicht genannt, ist ein fühlbarer Mangel und macht eine Diskussion wenigstens für mich unmöglich. Derselbe kann sich übrigens beruhigen, die Ausnahmestellung des Krupp'schen Etablissements ist während jenes Besuches desselben genügend hervorgehoben. Seine Behauptung, daß die Regierung sich in die Lohn- und Arbeitszeitfrage der Arbeiter eingemischt habe, ist für jemand, der mit seiner offenen Darlegung der Verhältnisse dem allgemeinen Wohl dienen will, gelinde gesagt, unbegreiflich. Unbegreiflicher freilich noch ist der daran geknüpfte Versuch, die nunmehrige Bewegung und die vielfach übertriebenen Ansprüche der Arbeiter auf solche

Einmischung zurückzuführen. Für den Fall, daß der Verfasser des Artikels, wie es ja wohl seine Schuldigkeit wäre, in einer Fortsetzung die „ganz anderen staatlichen Maßnahmen und Entlastungen“, welche erforderlich sind, näher bezeichnet, erlaube ich mir die Bitte um Zusendung auch solcher Fortsetzung.“

Die Redaktion stellte auch dieses Schreiben dem Verfasser des Artikels, Herrn M. Funke in Hagen, richtig zu; Herr Funke seinerseits wandte sich aber sofort an die Oeffentlichkeit in einem offenen Briefe, den die „Rh.-W. Ztg.“ abdruckte. Wir entnehmen dem Schreiben die wesentlichsten Stellen:

„Wenn Sie, Herr Geheimrath, Ihrer Verwunderung Ausdruck geben, daß ich es wage, mich mit der Fürsorge für das Wohl unserer Arbeiter zu beschäftigen, ohne die näheren Vorschläge zu unterbreiten, wie die Staatsregierung der Gewerbthätigkeit des Vaterlandes stützend zur Seite treten könnte, ja in Rücksicht auf den Weltmitbewerb müßte, so kann auch das nur dann „unbegreiflich“ erscheinen, wenn man den seit vielen Jahren in der Presse und im Landtage erörterten Erfordernissen keine Beachtung schenkte, denn jedermann, der mit Interesse diese Fragen verfolgte, weiß, wo der Schuh drückt.

„Wie nachtheilig sich aber erst die Einmischung derjenigen erweist, die mit den einschlägigen Verhältnissen nicht genauer bekannt sind, davon haben gerade Sie, Herr Geheimrath, bei dem unseligen Bergarbeiterausstande des verflossenen Jahres ein vielseitig beklagtes Beispiel gegeben. Es ist dies nicht nur die allgemeine Ansicht hiesiger und weiterer Kreise, sondern es wird dieselbe auch von vielen Männern getheilt, welche ganz außerhalb der betheiligten Interessen stehen, wie diese Ansicht auch seiner-

zeit schon von hervorragender Stelle zum Ausdruck gebracht wurde.

„Die Ausübung irgend welchen Einflusses solcher, denen die Kenntnisse der Verhältnisse fehlen, kann in den meisten Fällen nur unheilvoll wirken, da vorgefaßte Schulmeinungen gewöhnlich den Ausschlag geben, und fühle ich daher kein Bedürfniß, für diese in weitere Erörterungen einzutreten. Nur eins darf ich Ihnen gegenüber wohl hervorheben. Für unseren Handwerker- und Arbeiterstand ist eine Schulreform das dringendste Bedürfniß, und auch hierüber scheinen Sie nicht gehörig orientirt zu sein, es lag ja in Ihrer Sphäre, auf diesen Gegenstand in erster Reihe Ihr Augenmerk zu richten und geeigneten Orts Ihre Vorschläge zu unterbreiten.“

Wer den Gang der Dinge, wurde damals von anderer Seite gesagt, in den letzten anderthalb Jahren verfolgt habe, der wisse, wie unselig sich die Einmischung derjenigen erweise, die mit den einschlägigen Verhältnissen nicht genauer bekannt sind. Dazu komme als besonders erschwerend noch hinzu, daß Herr Geheimrath Dr. Hinzpeter sich nicht in einer Stellung befinde, in der er für die von ihm abzustattenden Berichte u. s. w. dem Lande gegenüber eine Verantwortung habe, wie sie den Ministern, den Oberpräsidenten, den Regierungspräsidenten u. s. w. zufällt.“ Seine Berichte kommen nicht einmal zur Kenntniß der Behörden der betreffenden Bezirke, über die er berichtet, und man wisse es ganz positiv, daß dieses Verhältniß auch in den Kreisen der betreffenden Behörden zum Theil auf das Tiefste beklagt werde. Angenommen, ein Regierungspräsident habe über einen Theil des ihm unterstehenden Bezirks an seine vorgesetzte Behörde berichtet. Wenige Tage darauf kommt Herr Dr. Hinzpeter, hält sich in

demselben Theile des Bezirks einen halben Tag auf, verhört die ihm passend erscheinenden Leute und schreibt über seine Wahrnehmungen einen Bericht. Könne es da fehlen, daß sich die ärgsten Widersprüche herausstellen? Und wo liegt die Korrektur?" — Man traue den Fähigkeiten des ehemaligen Erziehers des Kaisers alles Mögliche zu, daß er aber über Nacht einen so tiefen Einblick in die verschiedensten Branchen der Industrie gethan haben sollte, um ein sachgemäßes Urtheil über die Bedürfnisse derselben abgeben zu können, erlaube man sich mit aller Bescheidenheit zu bezweifeln. Würde man z. B. auf militärischem Gebiete Gutachten von dem genannten Herrn einziehen? Warum auf industriellem Gebiete? „Ist die Industrie derjenige Faktor unseres staatlichen Lebens, auf dem sich jeglicher Dilettantismus breit machen darf? Wir haben schon genug Assessoren, Referendare und andere Leute ähnlicher Berufsstellung, die über die „Pflichten der Arbeitgeber" und was dergleichen zeitgemäße Themata mehr sind, eine Broschüre nach der anderen schreiben, deren Wort durchweg sehr zweifelhafter Natur ist; da liegt denn der Gedanke und Wunsch uns nahe, Herr Dr. Hinzpeter möge sich auf das Gebiet beschränken, auf dem er ohne Zweifel zu Hause ist, das Gebiet der Schule. Und mit dieser Meinung stehen wir, wie gesagt, mit Herrn Wilhelm Funcke nicht allein da, sondern es ist dies die Meinung der überwiegenden Mehrheit der deutschen Industrie."

Das Komplott, das im Jahre 1889 die Herren Hinzpeter, Graf Douglas und andere unverantwortliche Rathgeber auf dem sozialpolitischen Gebiete gegen den Fürsten Bismarck schmiedeten, und mit dem die veränderte Stellung der Minister zum Monarchen, namentlich der unmittelbare Verkehr desselben mit den Ministern und Staats-

sekretären ohne Kontrolle und Mitwirkung des nominellen Reichskanzlers und Ministerpräsidenten zusammenhing, führte im Jahre darauf den Sturz des Fürsten Bismarck herbei, wie später die Camarilla andere Minister gestürzt hat, zuletzt den Grafen Zedlitz.

Es wird jetzt viel konstitutioneller Plunder über Bord geworfen. Wenn der Herrscher, sagt man, eine eigene Meinung nicht bloß haben darf, sondern haben soll, um auf Grund derselben mit seinen Ministern die Amtsgeschäfte zu leiten, so sei es ziemlich einerlei, auf welche Art er sich diese seine Meinung bilde: ob im Verkehr mit Personen, welche nicht Minister sind, ob durch Studien, durch die Lektüre der Zeitungen oder wie sonst. Die ganze Auffassung von der Gefährlichkeit „unverantwortlicher Rathgeber" gehöre einer veralteten konstitutionellen Doktrin an, die sich selbst in dem parlamentarisch regierten England als undurchführbar erwiesen habe. Es wurde dort z. B. versucht, sie geltend zu machen, als die junge Königin Viktoria durch die Heirath mit dem Prinzen Albert einen beständigen „unverantwortlichen Rathgeber" erhielt, aber die unhaltbare Theorie wurde sehr bald fallen gelassen. Wollte man sie ernstlich durchführen, so müßte es am Ende sogar für unkonstitutionell erklärt werden, daß der Herrscher Zeitungen zu Gesicht bekäme, in denen die Politik seiner jeweiligen Minister bekämpft würde.

Dasselbe Blatt, das sich vor einiger Zeit so ausdrückte, die „Nat. Ztg.", besprach gleich darauf unter der Ueberschrift: „Hinter den Coulissen" die Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generals von Gerlach, Generaladjutanten des Königs Friedrich Wilhelm IV. und schloß den Aufsatz folgendermaßen: „Das sind alte Geschichten. Aber der mit fast überraschender Ungenirtheit eröffnete

Einblick in eine Regierungsmethode, bei welcher die Minister häufig nur halb eingeweihte Werkzeuge sind, während die maßgebenden Rathschläge hinter den Coulissen von Personen ohne Verantwortlichkeit ertheilt, oder von solchen Personen, die den Ministern unerwünschten Absichten des Königs durchgeführt werden — dieser Aufschluß über die Vergangenheit hat eine Bedeutung auch für andere Zeiten. . . . Aus Leopold von Gerlachs Tagebuch ist zu lernen, zu welcher unwürdigen und verderblichen Führung der Staatsangelegenheiten man gelangen kann, wenn die Einen den Einfluß und die Anderen die Verantwortlichkeit haben. Die Zeit, als der Generaladjutant und der Kabinetsrath die einflußreichsten Persönlichkeiten waren, ist die Zeit des Niedergangs Preußens, sowohl im Innern, als in der deutschen und europäischen Politik gewesen."

In dem erst im vorigen Jahre erschienenen Buche von Professor Hüffer: „Die Kabinetsregierung in Preußen und Johann Wilhelm Lombard, ein Beitrag zur Geschichte des preußischen Staates, vornehmlich in den Jahren 1797 bis 1810" geht der Verfasser den bisher ganz dunkeln Anfängen der Kabinetsregierung nach. Er zeigt, daß diese Form der Staatsverwaltung, deren Absicht war, den Willen des Königs mit Hilfe einiger unbedeutender und gefügiger Kabinetsräthe unbehindert von seinen Ministern überall zur Geltung zu bringen, dem Pflichtgefühl der Hohenzollern, insbesondere eines Friedrich Wilhelm I., erwachsen, für den beschränkten Umfang des Staates und für die Arbeitskraft Friedrichs des Großen wie geschaffen war, wenngleich auch unter ihm schon einige Nachtheile hervortraten. Als nun aber der Staat wuchs, die Gefahren immer größer und die Persönlichkeiten der Herrscher unfähig wurden, das Ganze der Staatsverwaltung in sich zu zentralisiren, da

wurde eine Vereinigung von Schreibern zu dem maßgebenden Rathe des Königs, und an Stelle der Minister entschieden die gesellschaftlich tief unter ihnen stehenden, zudem unverantwortlichen Kabinetsräthe über die wichtigsten Angelegenheiten. Man machte zwar bei dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms II. wie Friedrich Wilhelms III. Verbesserungsvorschläge, und es ist ein besonderes Verdienst Hüffers, sie an's Licht gezogen zu haben, aber die Unhaltbarkeit der ganzen Institution erwies sich in den Verwickelungen mit Frankreich, die sich seit dem Anfang des neuen Jahrhunderts immer ungünstiger gestalteten. Die traurige Geschichte der sich folgenden Demüthigungen Preußens, welche die Niederlage von 1806 einleiteten, hat Hüffer eingehender dargestellt. Als Frucht erhob sich noch vor der Zertrümmerung des Staates durch Napoleon im Innern eine wachsende Opposition gegen das Kabinet, die nach Hüffer zunächst aus einer persönlichen Gereiztheit Hardenbergs gegen Haugwitz und die Kabinetsräthe Lombard und Beyme entsprang, aber durch die denkwürdigen Denkschriften Steins sachlich vertieft wurde. Der Gang von Jena nach Tilsit und der Druck der folgenden Jahre brach den Widerstand aller, die noch am Alten hielten; das Kabinet wurde aufgelöst und bei der Stein-Hardenberg'schen Neugestaltung war es das Erste, daß die unsicher begrenzten Amtsbefugnisse der Kabinetsräthe in die Hände verantwortlicher Staatsminister übergingen.

Als Bismarck entlassen wurde, erkannte man sofort, daß das Programm der Zukunft in einer Verschmelzung einer Kabinetsregierung im Sinne Friedrichs des Großen mit dem Parlamentarismus zu erblicken sei, daß der Kaiser in der Hauptsache Alles selbst bestimmen und in den Ministern nur Vollstrecker seines Willens sehen wolle. Seit-

dem haben das Civil- und das Militär-Kabinet eine andere Stellung zum Monarchen gewonnen. Dazu sind die freiwilligen Kabinetsräthe gekommen. Der Einfluß, den gewisse parlamentarische und außerparlamentarische Herren durch ihre Rathschläge auf die Krone ausüben, hat sich bei verschiedenen Gelegenheiten fühlbar gemacht. Sie sind sichtlich den Ministern oft unbequem, aber diese haben auch nicht mehr die Stellung wie früher. Sie treten gegen den Monarchen und sein Kabinet zurück und fühlen ihrer konstitutionellen Verantwortung Genüge gethan, wenn an die Stelle ihrer eigenen pflichtmäßigen Ueberzeugung der entgegenstehende Entscheid der Krone tritt. Herr v. Caprivi selber gab die Richtschnur seines Handelns an, als er im Februar 1891 im Reichstage erklärte, mit der neuen Kolonialpolitik nur einem Befehle Se. Majestät nachzukommen. Herr v. Böttticher hat bis zuletzt an der Seite Bismarcks gegen die Arbeiterschutz-Gesetzgebung und für den staatlichen Schutz gegen die Gefährdung großgewerblicher Anlagen durch Gewalt, Bedrohung und vertragswidrige Arbeitseinstellung gekämpft. Herr Hinzpeter, Graf Douglas und Andre haben ihn im Sommer 1889 in die entgegengesetzte Richtung gewiesen. Herr Herrfurth hielt noch im Februar 1890 die bestehenden Gesetze für ausreichend, um den etwaigen Bedürfnissen der Landgemeindeordnung abzuhelfen. Als aber gleich darauf Fürst Bismarck entlassen wurde und der Drang, einen möglichst starken Kontrast zu der vorhergegangenen „Stagnation" zu schaffen, auch zur Einbringung einer Landgemeindeordnung trieb, stellte der ehemalige Gehilfe des Herrn v. Puttkamer sofort eine solche im liberalen Sinne her. Der nationalliberale Herr Finanzminister folgt willig jedem neuen Kurse. Seine alte Partei wollte ihm Demissionsgedanken — angesichts

des Zedlitz'schen Volksschulgesetzes — zuschreiben, er hat nicht daran gedacht. Er ist der einzige Minister, der das volle Vertrauen des Zentrums, der bisherigen Hauptstütze der Regierungspartei, genießt. Wenn die Regierung entschlossen ist, trotz der Zurückziehung des Schulgesetzes sich auch fernerhin auf das Zentrum zu verlassen, so muß sie Herrn Dr. Miquel im Amte halten, da sein Ausscheiden sie der Unterstützung des Zentrums berauben würde. Auch hat Dr. Miquel nicht gegen den Volksschulgesetzentwurf im Ministerrathe gestimmt, sondern vielmehr sich persönlich an demselben betheiligt. Die Herren v. Berlepsch und v. Heyden haben sich wohl in ihren kühnsten Träumen für nichts Anderes angesehen, als für Strohmänner eines höheren Willens. Herr v. Goßler erklärte, es gebe für ihn Dinge, die unmöglich seien, so ein weiteres Entgegenkommen gegen die ultramontanen Forderungen. Eine Session weiter und derselbe Herr v. Goßler hatte vor dem Zentrum auf der ganzen Linie kapitulirt, bedingungslos kapitulirt. Sein zweites Sperrgeldergesetz enthielt genau das, wovon er wenige Monate zuvor mit dem schönen Pathos, wie es einen unerschrockenen Mann ziert, erklärt hatte, daß es mit der politischen Ehre der Regierung unter gar keinen Umständen vereinbar sei. Herr v. Goßler ist unmöglich geworden, nachdem das Gesetz, das er dem Herrn Windthorst zu Gefallen eingebracht hatte, unter Billigung Windthorsts abgeändert wurde (das Sperrgeldergesetz), während dasjenige Gesetz, das er Herrn Windthorst zum Verdruß vorgelegt hatte (das Volksschulgesetz), um den Preis des neuen Einkommensteuergesetzes und zweier Kriegsschiffe an Herrn Windthorst verhandelt worden war. Das ist das unabwendbare ruhmlose Ende aller politischen Größen, die nicht erkennen, wann ihre Zeit

abgelaufen ist, und schwach genug sind, propter vitam vivendi perdere causas — wie eine sehr bekannte Schrift in diesen Tagen sich ausgedrückt hat. Herr v. Goßler nahm über eine an sich geringfügige, äußerliche Veranlassung seinen Abschied — er schlug den Haupturheber seines Schulgesetzentwurfes dem Staatsministerium als Unterstaatssekretär vor und fand keine Zustimmung. Graf Zedlitz allein war ein selbständiger Mann.

Zum Ueberfluß hat noch ein Herrenhausmitglied zu Gunsten der Mandatare der Krone eine wichtige Theorie aufgestellt. Nach einer Erklärung des Grafen Schulenburg, die vom Monarchen als „klärend" bezeichnet und ausgezeichnet worden ist, haben die Minister als die ausgewählten Werkzeuge des Königs denselben Anspruch auf Ehrfurcht, wie der Monarch, sie sind gleich ihm unverletzlich, und ein Angriff auf sie ist ein Angriff auf die Krone. „Ehrfurcht" wird in der Ethik definirt als der höchste Grad der Achtung, verbunden mit dem Gefühle der eigenen Kleinheit und Gewichtigkeit. Durch die neue konstitutionelle Doktrin des Grafen Schulenburg-Beetzendorff, die, wie die sofort im Herrenhause erfolgenden Zustimmungen und die feierlichen Lossagungen vom Grafen von Hohenthal bewiesen, in den modernen Kanon des Staatsrechts aufgenommen worden, ist den Herren Parlamentariern ihre künftige Rolle in Preußen und Deutschland ein für alle Male vorgezeichnet, sie haben sich im Gefühle ihrer „Kleinheit und Unwichtigkeit" den Ministern gegenüber jeder Kritik zu begeben, wie sie der Graf von Hohenthal, in alten Anschauungen befangen, sich erlauben zu dürfen glaubte. Wir haben große Personenwechsel in der neuen Aera erfahren, aber noch größere Begriffswechsel.

Die Stellung keines anderen Ministers ist heute durch

die unverantwortlichen Räthe so erschwert, wie die des Kriegsministers. Sein Portefeuille ist fast alle Jahre in anderen Händen, und sicherlich hat es niemals aus parlamentarischen Gründen den Besitzer gewechselt. Man weiß, daß schon General Bronsart v. Schellendorff trotz seiner größeren Schneidigkeit sich nach einem Korpskommando sehnte. Früher wurde der Kriegsminister jedem anderen Einflusse gegenüber durch die mächtige Persönlichkeit des Fürsten Bismarck gestützt. Heute wird die Stellung des Kriegsministers noch dadurch erschwert, daß der Reichskanzler Berufssoldat ist. So unterstand Herr v. Verdy als Minister, obwohl er der ältere General war, Herrn v. Caprivi, und er mußte sich gefallen lassen, daß der Reichskanzler dieselben Militärpläne in das Reich der phantastischen Zukunftsbilder verwies, welche der Minister sicherlich nicht ohne Auftrag von entscheidender Stelle in großen Umrissen gezeichnet hatte. Es war des Kaisers eigener Gedanke, daß die allgemeine Wehrpflicht vollständig durchgeführt, d. h. jeder waffenfähige Mann thatsächlich eingestellt und ausgebildet werde. Dieser Plan wirkte auf die Nerven des Reichstages und nicht bloß der Opposition so aufregend, daß Herr v. Caprivi den Kriegsminister, den parlamentarischen Dolmetsch des kaiserlichen Gedankens, desavouiren mußte.

In einer jüngst erschienenen Lebensbeschreibung des Generals v. Manteuffel wird erzählt, wie König Wilhelm I. den Chef des Militärkabinets, als sich derselbe Bemerkungen, welche über den Rahmen seines Amtes hinausgingen, gestattete, mit den Worten zurückgewiesen habe: „Ich brauche keinen Witzleben.“ Im Beginn der Konfliktszeit wurde die Stellung des Militärkabinets als unverantwortliche Behörde neben dem verantwortlichen Kriegs-

ministerium vielfach erörtert, so auch in Twestens Schrift „Was uns noch retten kann“. In den ersten Jahren der Regierung Friedrich Wilhelms III. erhielt das Civil- und Militärkabinet den entscheidenden Einfluß auf alle Angelegenheiten des Staates. Man kann die Folgen davon nicht präziser darstellen, als es durch Stein in einer Eingabe an den König vom April 1806 geschehen. Er sagt:

„Die Kabinetsbehörde verhandelt, beschließt, fertigt aus in der Gegenwart des Königs und im Namen des Königs. Sie hat alle Gewalt, die endliche Entscheidung aller Angelegenheiten, die Besetzung aller Stellen, aber keine Verantwortlichkeit, da die Person des Königs ihre Handlungen sanktionirt. Den obersten Staatsbeamten bleibt die Verantwortlichkeit der Anträge, der Ausführung, die Unterwerfung unter die öffentliche Meinung. Alle Einheit unter den Ministern selbst ist aufgelöst, da sie unnütz ist, da die Resultate aller ihrer gemeinschaftlichen Ueberlegungen, ihrer gemeinschaftlichen Beschlüsse von der Zustimmung des Kabinets abhängen. Der Monarch lebt in Abgeschiedenheit von seinen Ministern. Eine Folge dieser Lage ist Einseitigkeit in den Eindrücken, die er erhält, in den Beschlüssen, die er faßt, und Abhängigkeit von seinen Umgebungen. Diese Einseitigkeit in den Ansichten und Beschlüssen ist eine nothwendige Folge der gegenwärtigen Einrichtung des Kabinets, wo alle inneren Angelegenheiten nur durch einen und denselben Rath vorgetragen werden, der mit den verwaltenden Behörden in keiner fortdauernden Verbindung steht!“

Er fordert deßhalb eine durchgreifende Aenderung der Geschäftsformen, eine Zurückführung des Kabinets auf die subalterne Stellung, welche es unter Friedrich dem Großen eingenommen, eine wirkliche Verantwortlichkeit, genaue Ver-

bindung und alleinige Ausführung der Minister, unterwirft die Personen der damaligen Kabinetsräthe einer sehr herben Beurtheilung und prophezeit aus der Lage und der Behandlung der Dinge ein furchtbares Unglück, wenn nicht die Auflösung des Staates.

Es wurden einige Verhandlungen gepflogen, die damit endeten, daß Stein als ein „widerspenstiger, trotziger, hartnäckiger Staatsdiener, der aus Kapricen, Leidenschaft und persönlichem Haß handelt", seines Dienstes entlassen wurde. In der Sache ward nichts geändert. Das Verhängniß brach herein.

„Mit der gegenwärtigen Verfassung des Staates, sagte Twesten, verträgt sich die Stellung des Civil- und Militärkabinets als besondere Instanzen neben den verantwortlichen Ministern noch weit weniger. Im besten Falle wird dadurch die Behandlung der Geschäfte erschwert und verzögert; in der Regel wird die Energie und die Einheitlichkeit der Staatsverwaltung darunter leiden, werden die größeren und umfassenderen Entwürfe der Minister vermehrte Schwierigkeiten und Hindernisse dadurch erfahren. Wir glauben nicht, daß in irgend einem anderen europäischen Staate von Personen außerhalb des Ministeriums offiziell ein so großer Einfluß auf die Regierungsgeschäfte geübt wird. In der neueren Zeit sind die traurigen Folgen einer solchen Doppelregierung aller Welt kund geworden. Die Zerwürfnisse zwischen den Ministern und einigen Personen der Umgebung des Königs waren vor 1857 allgemein bekannt. Sie führten zu jenem Skandal, daß der Ministerpräsident v. Manteuffel und der General-Polizei-Direktor v. Hinckeldey Spione besoldeten, welche den vertrautesten Dienern ihres Königs und Herrn die Briefe stahlen. Herr v. Manteuffel soll sich damit ge-

rechtfertigt haben, daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten wissen müsse, was vorgehe, wenn hinter seinem Rücken eine zweite Politik getrieben werde. Sind auch so herbe Gegensätze, so schreiende Dissonanzen zu vermeiden, so fällt doch der in gefährlicher Lage doppelt nothwendige Zusammenhang, die innige Verbindung und Wechselwirkung aller einzelnen Theile der Staatsgeschäfte, der Civil- und Militärangelegenheiten, der inneren und äußeren Politik unausbleiblich dahin, sobald der Schwerpunkt der Verwaltung auch nur in irgend einem Gegenstande nicht mehr in den Händen des Ministerraths ruht.

Am gefährlichsten erscheint in diesem Augenblick die Stellung des Militärkabinets. Dasselbe vertritt grundsätzlich das Prinzip, die Armeeangelegenheiten von dem ganzen übrigen Organismus des Staates getrennt zu halten, jeden anderen Einfluß, jede andere Rücksicht abzuschneiden. Als Vorwand pflegt geltend gemacht zu werden, daß die Armee der unbedingten und ausschließlichen Verfügung des Königs vorbehalten bleiben müsse, daß weder Minister noch Kammern darin mitzureden hätten. Das ist ein Grundsatz des römischen Imperatorenthums; Tacitus erzählt, daß ein Senator Junius Gallio, um dem Tiberius zu schmeicheln, im Senate neue Ehren für die kaiserlichen Garden vorschlug. Da fuhr ihn der Kaiser entsetzlich an, über die Soldaten habe Niemand zu sprechen als er. Der Unglückliche mußte froh sein, mit dem Leben davon zu kommen, und in harter Verbannung das Vergehen büßen, der Armee gedacht zu haben.

Die einseitige und abgeschlossene Stellung des Heerwesens wird besonders gefördert, wenn die Trennung selbst im Zentrum der Staatsverwaltung stattfindet. Auch in Oesterreich suchte man bis zu dem Feldzuge von 1859 die

militärischen Angelegenheiten gänzlich von der übrigen Verwaltung zu scheiden, jeder Einwirkung des Ministerrathes zu entziehen. Der Kriegsminister steht doch noch in einer nothwendigen Verbindung mit den übrigen Chefs der Regierung, das Militärkabinet ganz außerhalb. Die Theilung der Arbeit zwischen Ministerium und Kabinet komplizirt und erschwert die Geschäfte. Reibungen — wie Stein sie schildert — können nicht ausbleiben, Offiziere, wie die Herren v. Voigts-Reetz und v. Hartmann, die eines hervorragenden Rufes im Heere genießen, denen man in der Führung und der Verwaltung der Armee eine bedeutende Zukunft verheißt, wurden als zu selbständige und daher unbequeme Mitarbeiter aus dem Kriegsministerium entfernt, wie 1850 der energische General v. Griesheim beseitigt ward. Es ist einer der Charakterzüge des ausgebildeten Bureaukratismus: fest geschlossen nach außen, innerlich Streit und Widerwille. Die waltende Militärpartei macht eine so große, das ganze Staatswesen affizirende Frage wie die Reorganisation der Armee zu einer bloßen Frage militärischer Technik, der sich Minister und Kammern ohne Weiteres fügen sollen. General v. Bonin hatte unter Beistimmung der übrigen Minister einen Plan ausgearbeitet; das Kabinet lieferte einen anderen, der die Kräfte des Landes unermeßlich mehr in Anspruch nimmt. Herr v. Bonin ging ab, Herr v. Roon ward zur Ausführung des Planes berufen."

Seit jener Zeit, wo Twesten sich so äußerte, trat das Militärkabinet mehr und mehr zurück. Es unterstand dem Kriegsministerium, und von Reibungen wurde wenig vernommen. Herr v. Roon wußte seinen Platz sehr entschieden zu behaupten. Heute hat das Militärkabinet anscheinend wieder neben und gegenüber dem Kriegsminister

eine höhere Bedeutung gewonnen. Indessen heute hat auch der vortragende Generaladjutant im Vergleiche mit dem Kriegsminister eine einflußreiche Stellung, die noch über militärische Dinge hinausgeht. Man weiß, daß Bismarck schon immer über die Gefahr klagte, daß die „Adjutanten regieren", und auch Caprivi soll nach dieser Richtung sich bereits über schlechte Erfahrung mißliebig geäußert haben. Man erinnert sich, daß der Kaiser Wilhelm zum Admiral der englischen Flotte ernannt worden ist, und seine Umgebung soll den praktischen Werth dieser rein äußerlichen Ehrenstellung namentlich für den Ernstfall sehr überschätzen und in diesem Sinne auf den Kaiser einwirken. Thatsache ist, daß das militärische Kooperiren mit England als ein sicherer Faktor der Politik angesehen wird, und daß dies auch der lebhafte Wunsch der Königin von England und ihrer intimen Umgebung ist. Diese auf dem aufrichtigen Wunsche eines engeren Familienzusammenhanges beruhende dynastische Politik gilt als die letzte Ursache des deutsch-englischen Abkommens, für welche die französische Presse ja auch gleich das où est la femme? in's Feld führte.

Moltke erlebte es noch, daß durch die plötzliche Versetzung seines Nachfolgers der Nimbus der Stellung des Generalstabschefs, die er derselben verliehen hatte, plötzlich erlosch. „Der Kaiser will sein eigener Generalstabschef sein," ist gesagt worden. Nach der Organisation, welche der Generalstab im Gegensatz zu den Einrichtungen in fast allen übrigen Staaten — durch Moltke erhalten hat, ist, wie der Freiherr v. Fircks in seiner Schrift über den Grafen Moltke und den Generalstab sagt, „der jedesmalige Chef des Generalstabes der Armee auch gleichzeitig zur oberen Leitung der Operationen des gesammten Heeres im

Kriege berufen.“ In diesem Sinne hat sich auch der frühere Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff in seinem Werke: „Der Dienst des Generalstabes“ ausgesprochen. Indem der Verfasser ausführt, daß sich in der Organisationsfrage der preußische Generalstab ganz besonders von den Generalstäben der anderen großen kontinentalen Heere unterscheidet, fährt er fort:

„Es kommt hierbei wesentlich die Stellung des Chefs des Generalstabes der Armee in Betracht. Man wird nicht in Abrede stellen können, daß für den Kriegsfall es das Beste ist, wenn die mit der Leitung der Operationen zu betrauende Persönlichkeit dieselbe ist, welche schon im Frieden die erforderlichen Vorarbeiten in der Hand hat. Denn es erscheint bei der Schnelligkeit, mit welcher jetzt die wohlorganisirten Heere von dem Friedens- auf den Kriegsfuß übergehen und per Eisenbahn den Aufmarsch an den Grenzen vollenden können, ganz unzulässig für letztere Bewegung, welche ja schon die Einleitung der Operationen bildet, sich erst im Moment der Mobilmachung schlüssig zu werden. Man würde dadurch eine kostbare unersetzliche Zeit verlieren. Daß aber einer erst in diesem Augenblick zu berufenden Persönlichkeit zugemuthet werden soll, die Leitung der Operationen, nachdem letztere schon durch den im Frieden vorbereiteten und nun in der Ausführung begriffenen Eisenbahnaufmarsch in eine ganz bestimmte Richtung gebracht sind, zu übernehmen, ist grundsätzlich ebenso unzulässig. Es kann hiernach keinem Zweifel unterliegen, daß der Chef des Generalstabes der Armee im Kriege und Frieden dieselbe Person sein muß.“

Der Generalstabschef ist mithin nach der bisherigen Auffassung der von dem Grafen Moltke geschaffenen Organisation der natürliche Leiter der gesammten Operationen

im Kriege, der Urheber des Feldzugsplanes, der zugleich zu dessen Durchführung berufen ist. In dieser Stellung hat sich Graf Moltke glänzend bewährt. Diese Einrichtung hielt man für eine dauernde. Allein, da der Kaiser sagt, er wolle dem Grafen Waldersee im Kriegsfalle die Führung „einer" Armee, also einer von mehreren Armeen übergeben, so wird jedenfalls nicht geplant, ihm die Leitung der gesammten Organisationen anzuvertrauen, eine solche Absicht dürfte aber noch weniger hinsichtlich des Nachfolgers des Grafen Waldersee gehegt werden. Es ist mithin eine einschneidende Aenderung in der Organisation des Generalstabs zu dem obersten Kriegsherrn getroffen.

Je weniger heute die Stellung des Generalstabschefs zu bedeuten hat, um so größere Schwierigkeiten bereitet sie der des verantwortlichen Kriegsministers. Das Militärkabinet, der vortragende Generaladjutant, der Generalstabschef, der General=Reichskanzler, alles das arbeitet neben und gegen einander und sucht sich gegenseitig auszustechen, um sich an höchster Stelle Geltung zu verschaffen. Ein Kriegsminister nach dem anderen kommt darüber zu Falle. Auch ist nach dem Tode Kaiser Wilhelms I. ein Marinekabinet errichtet worden, an dessen Spitze ein dem Range nach dem kommandirenden Admiral unterstehender Seeoffizier sich befindet, der aber seinem Vorgänger gegenüber den Vorzug hat, zu jeder Zeit das Ohr des Monarchen zu haben, während der Chef des Oberkommandos der Marine nur einmal wöchentlich — bekanntlich pflegt es Dienstags zu sein — beim Kaiser Vortrag hält. Berücksichtigt man außerdem den Umstand, daß des Kaisers Bruder, bei dem innigen Verhältniß, welches zwischen beiden besteht, in vielen Fragen sein fachmännisches Urtheil in die Wagschale werfen dürfte, so ergiebt sich für den kom=

mandirenden Admiral, der ja auch in seiner Stellung gegenüber dem Reichs-Marine-Amt in Bezug auf Organisation, Technik und besonders den Geldpunkt eingeschränkt ist, eine Stellung, welche das sich schon oft wiederholte Gerücht seines Rücktritts erklärt. Wie vom kommandirenden Admiral v. d. Goltz, heißt es von Herrn Hollmann, Chef des Marine-Amtes, er dürfte nicht weniger Grund haben, in absehbarer Zeit um seinen Abschied nachzusuchen. Sollte derselbe in den wirbelnden Wechsel gerathen, der in den letzten zwei Jahren in den obersten Staatsämtern eingetreten, und der nicht am wenigsten den Unverantwortlichen zu verdanken ist, so würde unsere Marine eine tüchtige Kraft verlieren. Beide, Herr v. d. Goltz und Herr Hollmann, wären wohl schon gefallen, wenn unserer Marine bei ihrer Jugend nicht der Nachwuchs fehlte, der im Falle eines gleichzeitigen Rücktritts der Spitzen der älteren Generation sofort die Geschäfte übernehmen könnte.

Wir müssen hier das Civilkabinet berühren. Herr v. Lucanus gilt als ein Mann von einer großen persönlichen Gewandtheit. Er hat vom Assessor an bis zum Unterstaatssekretär unter fünf Kultusministern gedient.

Gelehrte, Künstler und Andere, die amtlich oder gesellig mit ihm in Berührung kamen, rühmen seine Zuvorkommenheit und Liebenswürdigkeit. Sein Avancement war ein schnelles, er übersprang den Ministerialdirektorposten und wurde vom Wirkl. Geh. Rath direkt Unterstaatssekretär. Es ist kaum schon vorgekommen, daß in einem und demselben Ministerium jemand in höherer Stellung das 25 jährige Dienstjubiläum feierte. Dr. Lucanus feierte es 1884. Die Auszeichnung, die ihm Seitens des Kaisers Friedrich durch Erhebung in den Adelsstand, sowie

diejenige, die ihm Seitens des Kaisers Wilhelm II. durch Berufung an die Spitze des Civilkabinets zu Theil wurde, wird auf den Einfluß des Fürsten Bismarck zurückgeführt. Obwohl Herr v. Lucanus als Rath und Unterstaatssekretär im Kultusministerium den entgegengesetztesten Systemen gedient, unter dem liberalen Minister v. Bethman-Hollweg und unter Mühler, unter dem Kulturkämpfer Falk und unter den Friedensministern Puttkamer und Goßler, ist der Grundzug seines Wesens doch ein gemäßigt liberaler, er ist von ganzer Seele Kartellpolitiker in Staat und Kirche und als solcher denen um Stöcker verhaßt. Man schreibt seinem „bösen" Einfluß die Abneigung des Kaisers gegen die auf Freiheit der Kirche und Abschüttelung des Summepiskopats gerichteten Bestrebungen der Orthodoxie zu. Im September 1891 gab es einen heftigen Streit zwischen diesen und den Kartellparteien, in den auch Dr. v. Lucanus gezogen wurde. Die „Post" hatte bemerkt: „Unwidersprochen wurde nach dem Verlaufe der letzten Provinzialsynoden eine gerade in diesem Punkte (in Bezug auf den Summepiskopat) herbe Kritik Seitens des landesherrlichen Oberstbischofs verbreitet." Es wurde der „Post" vom Reichsboten erwidert, daß durch Intriguen beim Könige Mißstimmung gegen die Mehrheit der Synoden erweckt worden sei. „Und in der Umgebung Sr Majestät des Königs fand sich, wie es scheint, Niemand, der über die Synoden die Wahrheit gesagt hätte. Bei der Wichtigkeit der Sache hätte man das wohl erwarten dürfen. Ein Mann wie der Kabinetsrath v. Lucanus wäre ja klug genug, um die Sachlage zu erkennen. Leider ist er so sehr ein Mann der Mittelparteien und so sehr ein Gegner aller streng konservativer und stark kirchlicher Be-

strebungen, daß man von ihm eine rechte Würdigung derselben nicht erwarten kann."

Die Nichtwahl von Stöcker durch die Generalsynode in deren Vorstand machte Aufsehen. Es wird versichert, der Hofprediger a. D. wäre wiedergewählt, wenn nicht unter dem Hochdruck, der vom Oberkirchenrath und einem bekannten Hofbediensteten geleitet wurde, den Gegnern Stöckers der Kamm geschwollen, seinen halben Freunden der Muth gesunken wäre. Stöckers Blatt „Das Volk" stellte der Generalsynode das folgende Zeugniß aus: „Eine wichtige, auf positiven Grundsätzen fußende Gruppe der Synode beschließt, eines ihrer hervorragendsten und thätigsten Mitglieder in den Synodalrath zu wählen. Unmittelbar vor der Ausführung des Beschlusses verstehen es aber mehrere von der entnervenden Atmossphäre eines weitgehenden Servilismus angekränkelte Geister, ganz ungerechtfertigte und übertriebene Bedenken wegen des Eindruckes der Wahl eines ganzen Mannes auszustreuen, und thatsächlich gelingt es auch, Verwirrung und Schwanken in die eigenen Reihen zu bringen und einen Theil der Gruppe zum Verrath an ihrem Beschlusse zu bewegen. Denn der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach. Wir leben unter einer Regierung, deren Leiter seinen Weg mit einem Empfehlungsbriefe des Herrn Dr. Windthorst angetreten hat, und es ist Sitte geworden, den Katholiken zu schmeicheln, die frommen Vertreter der Selbständigkeit der evangelischen Kirche wieder in Acht und Bann zu erklären."

Daß Dr. Lucanus kein Freund des Zedlitz'schen Volksschulgesetzes war, ergiebt sich daraus, daß er vielfach als Nachfolger des gestürzten Ministers genannt wurde. Wie weit er Herrn v. Helldorf auf der Hinter-

treppe, die zum Monarchen führt, behilflich gewesen, läßt sich begreiflicher Weise nicht sagen.

Der Einfluß des ehemaligen Unterstaatssekretärs des Kultusministeriums reicht weit über kirchliche Dinge hinaus. Er hat nicht bloß Stöcker beseitigt oder beseitigen helfen, sondern größere Männer. Er verleugnet nach außen nie den absolut objektiven und an der Politik unbetheiligten Diener seines Herrn. Seine Thätigkeit umgiebt sich mit vollem Amtsgeheimniß, und es lassen sich kaum Details über dieselbe mittheilen, aber jede Partei weiß, was sie an ihm hat oder nicht hat. Es ist oben von dem Buche Hüffers „Die Kabinetsregierung in Preußen und Johann Wilhelm Lombard" die Rede gewesen. Der Held des Buches ist allerdings nicht ein großer Politiker, oder auch nur frei von den Schwächen, welche zum Niedergange des alten Staatswesens führten; ja er vermehrte dieselben noch durch einen offenbaren Mangel an politischem Taktgefühl. Aber der Mann, welchem Friedrich Wilhelm II. wie Friedrich Wilhelm III. andauerndes Vertrauen schenkten, war doch kein „entnervter Roué, leerer Dichterling, windiger Halbfranzose", Bezeichnungen, mit denen er seit Stein und Hardenberg immer wieder gebrandmarkt wurde, sondern ein dankbarer Sohn, ein zärtlicher Gatte und Familienvater, sowie ein treuer Diener seines Königs, freilich ohne seinem bedeutenden Amte gewachsen zu sein. Wir möchten uns nicht getrauen, damit den Chef des Civilkabinets Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm II. nur annähernd in Parallele zu bringen. Sicherlich ist er seinem eigentlichen Amte vollauf gewachsen. Daß einmal die Zeit kommen könnte, wo den Chef des Civilkabinets der Haß des Volkes trifft, wie ihn Johann Wilhelm Lombard hatte auf sich nehmen müssen, als das große nationale Unglück hereinbrach, ist sicher un-

denkbar. Bei den verschiedenen Erschütterungen, die wir im Innern unseres Staates seit zwei Jahren durchlebt haben, wie sie jedes Höflings- und Streberthum mit sich bringt, und die auch schon unsere auswärtigen Beziehungen ergriffen haben, wie unter Anderem damals, wo die Pariser sich gegen den Besuch der Kaiserin Friedrich III. auflehnten, haben bisher immer noch andere moderne Lombards als der vorsichtig die Oeffentlichkeit scheuende Chef des Civilkabinets mit Fingern auf sich zeigen lassen müssen.

Am Morgen des 18. März 1890 hatte Herr von Lucanus eine delikate Mission. Nachdem schon am Abend zuvor der Chef des Militärkabinets, General v. Hahnke, den Fürsten Bismarck aufgesucht hatte, um ihm zu eröffnen, daß Se. Majestät die Einreichung des Abschiedsgesuches erwarte, erschien am nächsten Morgen Herr v. Lucanus mit dem gleichen Antrage im Palaste des Fürsten. Dieser erwiderte, daß er dazu Zeit brauche; könne diese nicht abgewartet werden, so möge man ihm den Abschied ohne Gesuch geben. Herr v. Lucanns war der Bote, der dem Fürsten Bismarck die seidene Schnur brachte. Man hat geglaubt, der entlassene Staatsmann würde nunmehr ganz tot sein, nämlich mundtot. Für jeden schreibkundigen Menschen im In- und Auslande wird das Recht in Anspruch genommen, sich über die deutsche Politik zu äußern. Der Byzantinismus der Höflinge will das dem Fürsten Bismarck verwehrt wissen.

Der Bismarckhaß ist das gemeinsame Merkmal der parlamentarischen wie der außerparlamentarischen Streber, der civilen und militärischen Hofstaatler. Wie sagte doch Herr v. Helldorf im ehemaligen „Deutschen Tageblatt“? „Wir erklären mit allem Nachdruck, daß für eine frondirende Richtung, die in der Weise der „Hamb. Nachr.“ und

der „Münchener Allg. Ztg.“ gegen die Regierung agirt, auf conservativer Seite kein Verständniß besteht und die Möglichkeit, sich mit ihr zu begegnen, ja auch nur sie noch länger ohne Protest schweigend gewähren zu lassen, ausgeschlossen ist. Eine solche Richtung und Thätigkeit entspricht nicht der Auffassung von Loyalität und patriotischer Pflicht, die wir von der konservativen Denkart unzertrennlich halten.“ Herr v. Helldorf und seine Gönner im Hofstaate beklagen es, daß man den gestürzten Minister nicht in den Sack genäht hat.

Gleich nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck stempelte die „Kons. Korr.“ denselben, weil er Interviewer zu sich ließ, zu einem Frondeur à la Mazzini, der in Deutschland eine Nebenregierung zu begründen suche. Die „Münchener Allg. Ztg.“ fertigte das Vorgehen der „Kons. Korr.“ treffend ab, indem sie, bezüglich desselben auf das Evangelium Matthäi 26, 74 hinweisend, die Worte citirte: „Und alsbald krähte der Hahn.“

„Es scheint, als sichere man sich die allerhöchste Gnade, wenn man sich zum Haß gegen Bismarck bekennt,“ wurde kürzlich in einer sehr bekannt gewordenen Broschüre bemerkt. Als Beispiel wurde ein Vorkommniß angeführt, das den derzeitigen kaiserlichen Botschafter in Paris betrifft. Es hieß im vorigen Frühjahr, Graf Münster werde seinen Posten verlassen, um einem besonders befähigten Liebling des Kaisers, dem Grafen Wedell, Platz zu machen. Als die Nachricht sich behauptete, erschien in den „Times“ die Mittheilung über eine Aeußerung des Grafen Münster gegenüber dem Pariser „Times“-Korrespondenten, durch welche Fürst Bismarck in seinem Verhalten gegenüber dem Kaiser Wilhelm I. aufs Schwerste kompromittirt erschien. Die ungezwungene Auslegung dieses Vorkommnisses konnte

nur dahin gehen, Graf Münster wolle durch Bekundigung hochgradiger Feindschaft gegen Bismarck sich das Vertrauen des Kaisers Wilhelm II. und damit den Verbleib auf seinem Posten sichern. In der That sind seither die Gerüchte von der anderweitigen Besetzung des Pariser Postens verstummt. Da eingeweihte Kreise längst wußten, daß der Fürst wie der Graf Herbert ihre intimsten, wenn auch nicht gerade ritterlichsten Feinde in der Pariser Botschaft hatten, so fand die Meinung weite Verbreitung, Münster habe geopfert werden sollen, weil er — allerdings fälschlich — für einen Verehrer Bismarcks gegolten, und er habe seine Stellung gerettet durch eine mehr als vollgültige Beurkundung des Gegentheils.

Wir wollen dabei nur gelegentlich bemerken, mit welcher Geschmeidigkeit sich unsere diplomatischen Vertreter gerade in den Hauptbrennpunkten der europäischen Politik in den neuen Kurs unserer auswärtigen Politik hineingefunden haben. In London, Paris, Wien, Petersburg sitzen sie so fest, als ob Herr von Marschall nicht Staatssekretär des Auswärtigen und Graf Caprivi nicht sein Chef wäre.

Wir verlassen nach dieser Abschweifung das Civilkabinet und sehen uns nach den Persönlichkeiten des eigentlichen Hofstaates um.

Mit Bezug auf die civilen Hofämter ist kürzlich die Konfession der Inhaber zur Sprache gebracht. Graf Ballestrem hat mit Bezug auf die Zurückziehung des Volksschulgesetzes in einer in Breslau gehaltenen Rede folgenden Ausspruch gethan: „In den hohen Hofämtern ist kein einziger Katholik, und diesem Umstande schiebe ich es zu, daß Se. Majestät der Kaiser nie eine unbefangene Meinung über die katholischen Unterthanen und ihre Wünsche zu hören bekommt.“ Die offiziöse Presse sprach von einer

Gedächtnißschwäche, welche schlechterdings zu den vielen Unbegreiflichkeiten dieser Rede gehöre. Der Oberst-Truchseß Sr. Majestät, Fürst v. Radolin, und der Oberst-Schenk Fürst Hatzfeldt-Trachenberg seien katholisch, ja noch mehr, sie seien beide Mitglieder des Vereins der schlesischen Malteser-Ritter, in dessen Vorstande der Graf selbst sitze.

„Wir wollen von dem edelen Grafen," wurde gesagt, „nicht voraussetzen, daß er in seiner Rede absichtlich von der Wahrheit abgewichen sei, um Sr. Majestät eine gute Lehre über die Wahl seiner Hofchargen ertheilen zu können. Wir meinen aber, daß Jemand, der weder die obersten Hofchargen, noch seine Malteser-Confratres kennt, sich enthalten sollte, in solcher Weise vor einer großen Versammlung zu reden. Von einem Parteiführer, der das katholische Volk leiten will, sollte man erwarten, daß er dem Wahlspruche des Centrums „Für Wahrheit" u. s. w. nicht derartig in's Gesicht schlägt."

Es wurde ferner daran erinnert, daß den ganzen vergangenen Winter über der Fürst Radolin den Dienst des erkrankten Oberst-Hofmarschalls Sr. Majestät, des Grafen Eulenburg, versehen und dadurch täglich in steter und unmittelbarster Berührung mit dem Monarchen sich befunden habe und von Allerhöchstdemselben derart freundschaftlich behandelt wurde, daß Se. Majestät sich zu der bevorstehenden Vermählung des Fürsten mit der Gräfin Johanna v. Oppersdorff auf Schloß Ober-Glogau angesagt habe. Graf Ballestrem aber wisse dies um so besser, da er als Vizepräsident des Reichstages in die mannigfachsten Berührungen mit dem Hofe kommt. Ueber die völlige Bedeutungslosigkeit des Fürsten Radolin und nicht minder des Fürsten Hatzfeldt habe er sicherlich ganz andere An-

schauungen, als seine wohlwollenden, aber äußerst ungeschickten Vertheidigungen in der Presse.

Wenn Graf Ballestrem und die ultramontanen Blätter es beklagen, daß in der Krisis kein einziger Katholik — das heißt in die Sprache der Partei übersetzt kein Centrumsmann, — das Ohr des Monarchen gehabt habe, so sei es allbekannt, welcher außerordentlichen Gunst und Gnade bei Sr. Majestät der Herr sich zu erfreuen hatte, der zur Erbschaft Windthorsts im Abgeordnetenhause sich anschickte, dann aber zu leicht befunden worden zu sein scheine. Freiherr v. Huene habe in der Schulkommission des Abgeordnetenhauses bei Weitem das klarste und treffendste Wort über die Meinung des Centrums ausgesprochen, indem er sagte: Unsere Zustimmung zu dem Gesetz schwebt auf des Messers Schneide, jede Aenderung im Sinne der Mittelparteien macht es unannehmbar für uns. Diese Aeußerung habe ohne allen Zweifel das Ohr des Monarchen erreicht, und Se. Majestät brauchte kein Wort weiter zu erfragen. Sie wußte genau, was sie zu wissen nöthig hatte. Freiherr v. Huene hätte die Lage richtig und fest gekennzeichnet, das sei sein unbestrittenes Verdienst.

Man erkennt in dieser Abfertigung des Grafen Ballestrem den Standpunkt wieder, von dem aus behauptet wird, der Kaiser sei durch das Innewerden der im Volksschulgesetzentwurf an das Centrum gemachten Konzessionen zur Desavouirung des Kultusministers gezwungen worden. Es waren aber vielmehr fremde Einflüsse, welche im Kampfe gegen das katholische Uebergewicht am Hofe dieses Mal obsiegten. Man braucht deswegen jenes zeitweilige Uebergewicht nicht bei den beiden oben genannten Hofämtern zu suchen. Es giebt klerikale Höflinge, die nicht Hofbeamte

sind, und es giebt noch mehr Protestanten, die berufen oder unberufen klerikale Politik treiben.

Herr v. Wedell-Piesdorf, der gegenwärtige Hausminister, ist als Präsident des Reichstages bereits eine sehr bekannte Persönlichkeit geworden. Er zählt erst etwas über 50 Jahre und ist eines der an Körper größten Mitglieder des Reichstages. Im Jahre 1879 wurde er zum ersten Male in das Abgeordnetenhaus gewählt und von seinen politischen Freunden sofort zu dem wichtigen Posten eines Vorsitzenden der Budgetkommission ausersehen. Im Jahre 1884 gelangte er zum ersten Male in den Reichstag und wurde sofort Präsident desselben. Er hatte in jungen Jahren seinen Abschied als Regierungsassessor genommen und war dann nur in der Selbstverwaltung thätig gewesen. Kurze Zeit, nachdem er in das Abgeordnetenhaus eingetreten, machte er den weiten Sprung zum Regierungspräsidenten. In kirchlicher Hinsicht soll er zu der strenggläubigen Rechten gehören. Als Hof-Finanzminister hat er aus bekannten Gründen eine schwierigere Stellung als der Staats-Finanzminister Dr. Miquel. An der Spitze des Hofstaates steht neben dem Hausminister noch ein Minister des Innern, Oberst-Kämmerer genannt, jetzt Fürst Otto zu Stolberg-Wernigerode. Der Ober-Hof- und Hausmarschall, Graf zu Eulenburg, ist ein Bruder des jetzigen preußischen Ministerpräsidenten. Aus einem anderen Zweige ist der preußische Gesandte dieses Namens in München, von dessen Bericht über den Zedlitz'schen Volksschulgesetzentwurf bereits wenige Tage nach dem 18. März die Rede war. Dieser Bericht soll den letzten Anstoß zu der plötzlichen Wendung gegeben haben. Graf Eulenburg soll nicht allein darauf hingewiesen haben, daß nach dem Inkrafttreten eines solchen Schulgesetzes die bisherigen treuesten

Freunde des Reiches in Süddeutschland dem führenden Staate Preußen entfremdet werden müßten. Er soll auch betont haben, daß eine derartige preußische Politik auf Bayern unvermeidlich eine Rückwirkung üben und dort ein Ministerium aus Centrumsmitgliedern an's Ruder bringen müßte. Daraus würden sich dann später sehr bedenkliche Schwierigkeiten für die Reichspolitik ergeben können. So ungefähr wird der Inhalt dieses bedeutsamen Gesandtschaftsberichtes skizzirt. Es ist begreiflich, daß in Centrumskreisen darüber eine große Erbitterung herrscht.

Als der Ministerpräsident Graf zu Eulenburg zu dieser Stellung durch den Sturz des Volksschulgesetzes gelangt war, wurde von ihm gesagt, er würde den Staatskarren wieder etwas mehr nach links schieben. Man erinnerte an die Konflikte, die er als Minister des Innern früher mit dem Fürsten Bismarck gehabt hatte. Man sieht, es steckt in den Eulenburgs, gleichviel welchen Zweiges, ein liberaler Zug. „Klug wie die Eulenburgs und gut wie die Dohnas," heißt ein ostpreußisches Sprüchwort. Als Graf Botho zu Eulenburg, der heutige Ministerpräsident, noch Regierungspräsident in Nassau war, pflegte die jetzt verstorbene Fürstin S. in Wiesbaden zu sagen: „Ich kann die Preußen nicht ausstehen, aber den Eulenburg, den mag ich." Die Fürstin S. würde dies vermuthlich von allen Eulenburgs gesagt haben. Der heutige Ober-Hof- und Hausmarschall ist in Allem das Ebenbild des Ministerpräsidenten. Aus diesem Grunde war er auch ein besonderer Liebling Kaiser Friedrichs, während dessen Kronprinzenzeit er bei diesem den Posten als Hof- und Hausmarschall bekleidete.

Der Hofmarschall wie der Hausminister wurden viel in einer Angelegenheit genannt, die einen Sturm im Lande,

oder wenigstens in der Hauptstadt, erregte, als wenn es sich um eine politische Frage ersten Ranges handelte. Die Schloßplatz-Phantasieen beschäftigten alle Parteien, alle Blätter. Es gab Leitartikel unter der Ueberschrift: „Mittelalterliche Pracht.“ Man las da: „Eine schwere Verantwortung lastet sowohl auf den Leitern der Regierung wie auf den Großen des Hofes. Ueber ihnen allen thront erhaben der Herrscher. Nicht ihm gebührt der Vorwurf, wenn unglückliche Pläne die Bürgerschaft beunruhigen. Aber der Schade trifft zuletzt die Monarchie, vor welche die Würdenträger des Reiches ihren Schild halten sollten. Die norddeutsche Bevölkerung ist zu nüchtern, um Sinn und Verständniß für Unternehmungen zu haben, die nicht der Betriebsamkeit und Sparsamkeit der besten Hohenzollern entsprechen, sondern am Ende des neunzehnten Jahrhunderts an mittelalterliche Pracht oder an die Scheinherrlichkeit der Cäsaren gemahnen. Es ist bedauerlich, daß in den letzten Jahren nicht wenige Neuerungen getroffen wurden, die dem Volke nicht als Fortschritt, sondern als wunderlicher Rückschritt erscheinen. Für Schnallenschuhe und Wadenstrümpfe bei alten Herren ist die Zeit so gut vorüber, wie für die Allongeperücke. Der Märker, der dem sandigen Boden die Frucht abringen muß, sieht auf den inneren Werth und läßt sich von äußerem Schein nicht blenden. Je schlichter die Erscheinung, um so mehr gräbt sie sich in das Herz des Volkes. Die Hohenzollern haben nicht nöthig, in diesen Tagen große Bauten aufzuführen, um mit anderen Herrscherhäusern zu wetteifern. Sie brauchen keine kostspieligen Prunkfeste zu geben. Ihre Einfachheit ist ihr Ruhm, ihr Gemeinsinn ihr Stolz. Der Große Friedrich gab dem Zeitalter seinen Namen und war gefeiert in aller Welt, obgleich seine Hofhaltung nie-

mals über 225000 Thaler im Jahre kostete. Als der ehrwürdige König, der als Greis den Mühen und Gefahren dreier Kriege getrotzt hatte, die Kaiserkrone auf sein Haupt setzen sollte, da waren viele gute Patrioten verstimmt, weil mit dem Kaiserthum auch die Pracht des Cäsarenthums seinen Einzug in Norddeutschland halten werde. Die düsteren Prophezeiungen sind nicht eingetroffen. Die Hohenzollern sind zu vertraut mit den Anschauungen ihres Volkes, mit der Geschichte ihres Landes, als daß sie ihr Augenmerk vorzugsweise auf äußere Pracht hätten lenken sollen. Aber es giebt eine Menge von Lakaien, ob sie Livree tragen oder nicht, die den Hof gern in die Prunksucht eines vierzehnten Ludwig drängen möchten. Dieser Gruppe, die den Schein über das Sein setzt, rückhaltlos entgegenzutreten ist die Aufgabe der Volksstimme."

Wenn wirklich in Berlin das Denkmal Kaisers Wilhelm I. in 10 Jahren oder später sich endlich erheben sollte, dann wird, wenn bis dahin die Erinnerung an die Geschichte des Denkmals nicht ganz erloschen ist, kein äußerlicher Pomp im Stande sein, von der Festlichkeit jeden Schatten zu bannen. Es ist so weit gekommen, daß die Künstlerwelt sich vor der Herstellung eines Denkmals für den größten Monarchen des Jahrhunderts zurückzieht. Es ist so weit gekommen, daß niedrige Spekulation auf die Spielwuth der Menschen, daß Gewinn- und Verschwendungssucht sich der Denkmals-Angelegenheit bemächtigt haben, um das Andenken an den ersten Kaiser mit den peinlichsten Empfindungen über das Zustandekommen des Denkmals zu verknüpfen. Im Oktober 1889 entschied das Preisgericht über eine Reihe von Entwürfen zum Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm I. Diese Entwürfe

waren in Folge des Preisausschreibens eingegangen, welches auf Grund des 100,000 Mark für die Preisbewerbung zur Verfügung stellenden Reichsgesetzes vom 23. Dezember 1888 erlassen war. Die beiden ersten Preise erhielten zwei Berliner Architekten, von den vier zweiten Preisen fiel einer nach Berlin, einer nach Charlottenburg, einer nach Dresden, einer nach Florenz. Auf der einen Seite erweckte es eine große Befriedigung, daß diese Entscheidung der Jury mit allen jenen phantastischen Projekten, die durch die Niederreißung ganzer Straßenzüge und selbst von Kunstwerken einen freien Platz für dieses Denkmal schaffen wollten, aufräumte, insbesondere, daß in den prämiirten Entwürfen nicht in Betracht gezogen war die Niederreißung der Schloßfreiheit, wodurch ein Aufwand von so und so viel Millionen entstehen mußte, um erst Platz zu schaffen für ein Denkmal. Auf der anderen Seite äußerte der Kaiser in dem Atelier des Bildhauers Hoffmeister sich dahin: „Er sei von der Ausstellung der Entwürfe zu einem Kaiser Wilhelm-Denkmal sehr enttäuscht. Vor Allem wisse er nicht, was die Architekten mit ihren riesenhaften Tempelbauten wollten, welche Unsummen verschlingen würden, ohne daß der Zweck, dem Kaiser als solchem ein würdiges Monument zu schaffen, erreicht wäre, die Aufgabe sei nur durch einen Bildhauer zu lösen. Ein Hintergrund brauche nicht erst geschaffen zu werden. Die Schloßfreiheit sei der geeignetste Platz und das alte Schloß der gegebene Abschluß für ein Monument, ähnlich denen des Großen Kurfürsten und Friedrichs des Großen. Der Kaiser würde keinem Modell einen Preis gegeben haben. Der einzige Entwurf, welcher der gestellten Aufgabe am nächsten komme, sei der von Reinhold Begas.“ Aber gerade dieser Entwurf, ein bloßes Reiterstandbild, war nicht

prämiirt. Der Reichstag beschloß, die Entscheidung des Platzes, die Gestaltung des Standbildes, sowie die Art, in welcher ein engerer Wettbewerb über den Entwurf auszuschreiben sei, kurz alles der alleinigen Entschließung des Kaisers zu überlassen. Der engere Wettbewerb erfolgte sodann nur für Bildhauer, deren sich drei bis vier betheiligten. Es sollte nun wieder ein neuer Bewerb ausgeschrieben werden. Mit der Wahl der Schloßfreiheit als Platz für das Denkmal hat man sich schließlich zufrieden gegeben. Aber es verletzte in manchen Kreisen die Art der Erwerbung derselben — eines größeren Häuserkomplexes, gegenüber dem Hauptportal des Schlosses — durch eine Lotterie. Man sagte, der Grund und Boden für ein Denkmal, welches Liebe und Verehrung der Nation dem Einiger Deutschlands widme, dürfe nicht durch Spiel erworben werden und nicht unter einem patriotischen Deckmantel der Gründerei und Spekulation verfallen. Indessen die Beseitigung der Schloßfreiheit war ein altes, längst anerkanntes Bedürfniß des Verkehrs. Und so ließ man es passiren, daß die Denkmalsfrage den Anlaß gab, dieses Bedürfniß endlich zu befriedigen. Jetzt wollte man noch weiter gehen. Um noch mehr Raum für die Aufnahme des Denkmals zu gewinnen und zur Verschönerung der Aussicht der Residenz des deutschen Kaisers sollten weitere Stadttheile, insbesondere Schinkels Bauakademie niedergelegt werden. Dieses Mal waren die Parteien in der Verurtheilung des neuen Planes, dessen Urheber und Förderer bekannte höfische Leute waren, die persönliche Wünsche des Herrschers erfüllen zu wollen versicherten, so gut wie einig. Man sagte allgemein, es erscheine in einer Zeit, in welcher die Knappheit der Finanzen die Befriedigung dringender Bedürfnisse nicht gestatte, ganz undenkbar, daß

ein Plan, welcher auf die Beschaffung von Millionen zu reinen Luxuszwecken auf dem mehr als zweifelhaften Wege einer Privatlotterie hinausläuft, die staatliche Genehmigung erhalten sollte. Wenn die Motivirung der neuen Projekte etwas bewies, so war es nur die Thatsache, daß die vom Kaiser gewählte und festgehaltene Schloßfreiheit ein für die Errichtung des Kaiser Wilhelm=Denkmals völlig ungeeigneter Platz ist.

Es handelte sich um zwei verschiedene Dinge, einmal um die Niederreißung des Rothen Schlosses und der Bauakademie des Schlosses, um der Mangelhaftigkeit des für das Denkmal auserlesenen Platzes abzuhelfen. Damit verband man die Anlage eines Teiches, der dazu bestimmt war, mit seinen Gewässern die Ufer der Schloßfreiheit zu bespülen und dem Kaiser die Möglichkeit zu gewähren, mit seinen Yachten direkt von Potsdam eine Fahrt bis vor die Thür seines Schlosses zu unternehmen. Der zweite Plan betraf die Niederreißung der Häuser zwischen der Kurfürstenbrücke und der Breiten Straße auf der Südseite des Schlosses. Durch den letzteren Plan sollten Terrassen vor dem Schloß geschaffen werden zum Spiel der kaiserlichen Kinder und zur Verhinderung anarchistischer Annäherung. Das Lotterieprojekt bezog sich zunächst nur auf die Südseite des Schlosses. Als Hauptförderer dieser Pläne wurde der Oberverwaltungsgerichtsrath Kunze bezeichnet. Herr Kunze war nicht allein der erste Anreger der früheren Schloßfreiheit=Lotterie, sondern auch deren Kurator gewesen und hatte als solcher vor nicht langer Zeit die Ueberschüsse der Schloßfreiheit=Lotterie abgeliefert. Er hatte noch bis in die letzte Zeit hinein wiederholt Audienzen beim Kaiser und sollte überhaupt das Ohr des Kaisers besitzen, wenngleich sein Name und seine Person

in der Oeffentlichkeit bisher noch wenig hervorgetreten waren.

Es hieß sodann eines Tages, daß Herr Kunze unter dem Eindruck der Erregung der öffentlichen Meinung es für gut befunden habe, das Lotterieprojekt bis auf Weiteres zu vertagen. Fast gleichzeitig wurde gemeldet, daß der Magistrat der Stadt Berlin sich plötzlich veranlaßt gesehen habe, sich mit der Frage zu befassen. Herr Kunze bot der Stadt $1^1/_2$ Millionen, wenn sie zu Terrassen-Anlagen doppelt so viel Straßenland abtrete, als sie durch die Niederlegung der Häuser zwischen Kurfürstenbrücke und Breiten Straße gewinnen würde. Im Magistrate schien dafür eine günstige Stimmung zu herrschen, desto mehr lehnte sich die Stadtverordnetenversammlung dagegen auf. Im Abgeordnetenhause brachte Herr Richter die Sache zur Sprache. Die daselbst von dem Minister v. Bötticher verlesene Königl. Kabinetsordre bestimmt, daß die Kaiser Wilhelm-Denkmalsanlage auf das östliche Ufer des Spreekanals beschränkt bleibt, mit weiteren Worten, daß weder die Bauakademie niedergerissen, noch ein großer Wasserspiegel geschaffen werden soll, und der Minister des Innern erklärte, daß eine Absicht der Staatsregierung, behufs Beseitigung der Häuser zwischen der Breiten Straße und der Kurfürstenbrücke eine Lotterie zu gestatten, überhaupt nicht bestehen kann und nicht besteht. Die Erklärungen der Vertreter aller Parteien, welche nach den Erwiderungen der beiden Minister abgegeben wurden, bekundeten unzweideutig, wie ernst die nunmehr beseitigten Pläne in allen politischen Lagern genommen worden, und wie befriedigt man von ihrer Beseitigung überall im Abgeordnetenhause war.

Es ist nach diesen Reden der Wortführer aller Parteien eigentlich überflüssig, erst noch bei den Bemerkungen des

Herrn v. Bötticher zu verweilen, wonach es fast scheinen könnte, als ob blinder Lärm in den Zeitungen gemacht worden. Niemand glaubte dies: „Hinter dem Berge," d. h. außerhalb der Ministerhotels, wohnen auch Leute, die wissen, was in der Welt vorgeht. Dafür, daß die Projekte der Beseitigung der Bauakademie, des Teiches 2c. sehr ernstlich waren, ist doch die von Herrn v. Bötticher verlesene Kabinetsordre ein deutlicher Beweis, denn sie lehnt diese Pläne ja ab; ohne dieselben wäre die Kabinetsordre gegenstandslos. Und zum Ueberfluß behielt Herr v. Bötticher bei der Mittheilung der Ordre das Datum derselben für sich, theilte es auch auf Zwischenrufe, welche danach fragten, nicht mit.

Die „Post" beklagte es tief, daß durch einen in der „Kreuzzeitung" veröffentlichten Brief des Oberverwaltungsgerichtsraths Kunze an Dr. Alexander Meyer die Person Sr. Majestät hineingezogen sei. Es wäre das in dieser nach allen Richtungen so unerfreulichen Angelegenheit der schwärzeste Punkt sowohl nach der objektiven wie nach der subjektiven Seite. Durch die bezügliche Angabe in dem erwähnten Schreiben werde die Frage nahegelegt, ob in der Vergangenheit auch Alles geschehen sei, was geschehen konnte, um das Hineinziehen der Person des Monarchen in dieser Angelegenheit zu verhüten. Die Frage richte sich zunächst an die Adresse des Hausministeriums und des Hausmarschallamts, deren Ressort von der Sache berührt werde und denen es, wenn mit der Stadt über die Umgestaltung der Umgebungen des Schlosses verhandelt werden sollte, obgelegen hätte, diese Verhandlungen zu führen. Haben sie um die Verhandlungen, welche mit den städtischen Behörden geführt sind, gewußt, und mußten sie nicht bei pflichtmäßiger Aufmerksamkeit davon wissen? Mit

diesen Fragen hänge offenbar das Gerücht von der Demission des Hausministers zusammen. Handelte es sich um eine Staatsangelegenheit, so würden die betheiligten Ressortminister von der Landesvertretung dieserhalb mit Recht ernstlich zur Verantwortung gezogen werden können. Obwohl aber die Sache noch nicht so weit gediehen wäre, um formell zu einem Regierungsakte den Anlaß zu bieten, so könne auch die Staatsregierung in so weit von der Mitschuld nicht freigesprochen werden, als sie es verabsäumt habe, durch eine bündige Erklärung dahin, daß auf die staatliche Genehmigung zu einer Lotterie oder einem ähnlichen Plan zur Beschaffung der Geldmittel zur Umgestaltung der Umgebung des königlichen Schlosses unbedingt nicht zu rechnen sei, die ganze Geschichte im Keime zu ersticken und damit den Landesherrn vor den Unternehmern solcher Pläne zu schützen. Hier wäre eine Abweichung von den büreaukratischen Institutionen angesichts der politischen Bedeutung des Falles sicher mehr als angezeigt gewesen.

Längst, ehe Herr Kunze die Person des Kaisers in die Schloßplatz-Angelegenheit hineingezogen, hatte dieses die „Post" gethan, indem sie von den großartigen Projekten berichtete, die der Kaiser wieder aufgenommen habe, und die schon von Wilhelm I. und Friedrich III. geplant worden wären, indem sie ferner den vom Kaiser selber für das Denkmal des Kaisers Wilhelm I. bestimmten, und zwar im Gegensatze zu den Schöpfern der im Jahre 1889 in Folge des Preisausschreibens eingegangenen Entwürfe des Denkmals sowie zum Reichstag und zur öffentlichen Meinung bestimmten Platz als den ungeeignetsten von der Welt bezeichnete, der an den phantastischen Projekten der Kunze

und Genossen Schuld sei. Auch was die „Pol. Nachr.“ über die Baupläne zu berichten hatten, ließ als Quelle das Hausministerium durchblicken und führte dadurch die ganze Angelegenheit auf persönliche Wünsche des Monarchen zurück. Dieser hat erst kurz vor der Landtagsverhandlung seine Pläne zurückgezogen.



J. S. Preuß, Berlin C., Jerusalemerstr. 21.





